

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Werner Abelshauser/Christoph Kleßmann  
Horst Lademacher/Jürgen Müller/Doris Obschernitzki  
Heinz Pfefferle/Uwe Uffermann

Die frühe Nachkriegszeit in Westdeutschland  
und ihre fachdidaktische Rezeption

B 49/86  
6. Dezember 1986

Werner Abelshäuser, Dr. phil., geb. 1944; Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum; Geschäftsführender Direktor des Instituts zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bochum.

Veröffentlichungen u. a.: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1985; Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984; The First Post-Liberal Nation: Stages in the Development of Modern Corporatism in Germany, in: European History Quarterly, 14 (1984).

Christoph Kleßmann, Dr. phil., geb. 1938; Professor für neuere und neueste Geschichte an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945—1952, in: VfZ, 31 (1983); Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945—1955, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 193, Bonn 1986<sup>4</sup>; Elemente der ideologischen und sozialpolitischen Integration der westdeutschen Arbeiterbewegung, in: L. Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945—1955, München 1986.

Horst Lademacher, Dr. phil., geb. 1931; Professor für neuere und neueste Geschichte an der Gesamthochschule Kassel.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Gewerkschaften im Ost-West-Konflikt. Die Politik der American Federation of Labor nach dem II. Weltkrieg, Melsungen 1982; Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum, in: J. Foschepoth/ R. Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945—1949, Paderborn 1985; (Hrsg. mit W. Mühlhausen), Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949. Eine Dokumentation, Melsungen 1985.

Jürgen Müller, geb. 1953; Studium der Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft; stellv. Schulleiter der Staatlichen Realschule im Schulzentrum Ludwigshafen-Mundenheim.

Veröffentlichungen u. a.: Berufswahlproblematik in der Realschule, Speyer 1982; Das politische Lied, Speyer 1984.

Doris Obschernitzki, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Germanistik und Geschichte, Oberstudienrätin beim Lette-Verein, dem Träger von drei Berufsfachschulen in Berlin.

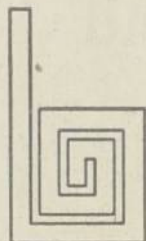
Veröffentlichungen u. a.: Anmerkungen zur Referendarausbildung, in: Die deutsche Schule, 1979; (mit H.-N. Burkert/K. Matußek) Zerstört — Besiegt — Befreit. Der Kampf um Berlin bis zur Kapitulation 1945, Berlin 1985.

Heinz Pfefferle, geb. 1944; Studium der Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft, Studienrat am Gymnasium Laichingen.

Veröffentlichungen u. a.: (Mitarbeit) Politische Theorien, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1983; Mitarbeit an „Zeiten und Menschen“, Bd. 2, Paderborn 1986.

Uwe Uffermann, Dr. phil., geb. 1937; Professor für mittlere und neue Geschichte sowie Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg; 2. Vorsitzender der Konferenz für Geschichtsdidaktik.

Veröffentlichungen u. a.: Wirtschaft und Gesellschaft in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. Informationen und Materialien für die Sekundarstufe II, 2 Bände, Dortmund 1986<sup>2</sup>; (Hrsg.) Didaktik der Geschichte, Villingen-Schwenningen 1986; (Hrsg. mit G. Niemetz) Epochen der modernen Geschichte. Schwerpunktthemen — Entwicklungen — Zusammenhänge, Freiburg-Würzburg 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Frühe Weichenstellungen im Wirtschaftsparlament der Bizone

## Ein Problemaufriß zum Verhältnis von Forschungsstand und Lehrplan-/Schulbuchstandard

Die Beiträge dieses Heftes sind — bis auf den letzten — in der Sektion 5 des 36. Deutschen Historikertages in Trier am 9. Oktober 1986 vorgetragen und diskutiert worden. Am Schluß steht der Versuch einer Ertragssicherung der Diskussion. Anliegen der Sektion und der Publikation ist es, eine Bestandsaufnahme neuer fachwissenschaftlicher Erkenntnisse zur Nachkriegsgeschichte mit dem derzeitigen Lehrplan- und Schulbuchstandard zu vergleichen. „Fachdidaktische Rezeption“ bezieht sich damit auf die Lehrpläne und Schulbücher, umfaßt also nicht den gesamten Bereich der Rezeption in der didaktischen Literatur, z. B. in Unterrichtsmodellen etc.

Im folgenden soll es weder um destruktive Lehrplan- und Schulbuchschelte, noch um politische Akzentuierungen in der einen oder anderen Richtung gehen. Unter dem wichtigen Erziehungsziel, den Schüler zu einer kritischen Loyalität gegenüber dem eigenen Gemeinwesen zu befähigen und zu motivieren, ist es in nicht zu großen Abständen unerlässlich, die aus Erforschungsgründen notwendigerweise noch nicht genügend gesicherten Aussagen über Entstehung und Anfänge der Bundesrepublik Deutschland in den schulischen Medien auf ihre Gültigkeit hin zu befragen und sie unter Berücksichtigung der Bedingungen der Vermittlung in der Schule gegebenenfalls zu modifizieren oder zu revidieren. Lehrplan- und Schulbuchkommissionen werden auf diese Weise Hilfen angeboten, mit denen sie sich auseinandersetzen können. Diesem Zweck diene die Sektion, indem sie auf dem vom Historiker- und Geschichtslehrerverband gemeinsam ausgerichtetem Kongreß das direkte Gespräch zwischen Fachwissenschaftlern, Fachdidaktikern und Lehrern ermöglichte. Und diesem Zweck dient auch die Publikation, indem sie dieses Gespräch einer breiteren Öffentlichkeit mitteilt.

In dieser Einführung wird der Problemhorizont beschrieben, in dem die 5. Sektion angesiedelt war. Dazu wird ein sehr begrenzter Ausschnitt gewählt, der inhaltlich zwar unzureichend ist, methodisch von der Absicht des Unternehmens her aber gerechtfertigt sein dürfte. Alternativ hätte sich angeboten, mit Hilfe mehrerer Stichpunkte das generelle Problem von Interaktionen, Hand-

lungsspielräumen und Optionen zu erörtern. Die damit erreichten Vorteile größerer Breite hätten gegenüber dem gewählten Weg allerdings den Nachteil geringerer Konkretheit gehabt. Zum anderen wird die größere Breite durch die nachfolgenden Beiträge von W. Abelshäuser, H. Lademacher und C. Kleßmann erreicht.

### I.

Im Zuge der durch die Öffnung der Archive intensivierten Erforschung der Nachkriegszeit seit Mitte der siebziger Jahre wird eine Institution zunehmend beachtet und in ihrer Bedeutung für die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland neu eingeschätzt, die man bis dahin mehr als eines unter anderen vorbundesrepublikanischen Provisorien zur Kenntnis genommen hatte: der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, also der Bizone, von 1947 bis 1949.

1977 gaben das Institut für Zeitgeschichte und der Deutsche Bundestag die Akten des Wirtschaftsrates heraus; für die Erforschung stehen besonders die Namen Gerold Ambrosius (1977), Georg Müller (1982) sowie Wolfgang Benz (1983 und 1984).

Ich habe im Herbst 1984 in didaktischer Absicht eine Akzentuierung der wichtigsten Weichenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland, die sich zwischen 1947 und 1949 im Wirtschaftsrat vollzogen, versucht<sup>1)</sup>.

Man wird die Bedeutung des Frankfurter Wirtschaftsrates, dessen Mitglieder von den Landtagen der Länder gewählt wurden, nicht verfehlen, wenn man ihn mit Wolfgang Benz als „Keimzelle und Präfiguration der Bundesrepublik mit einem fast vollständig ausgebildeten politischen For-

<sup>1)</sup> U. Uffermann, Der Frankfurter Wirtschaftsrat 1947—1949. Weichenstellungen für das politische Kräftefeld und die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/84, S. 36 ff.

menkanon, wie er in Bonn verbindlich wurde“, sieht und darin, daß in der Ära des bizonalen Interregnums — so der Buchtitel Tilman Pünders — „von den Zeitgenossen meist unbemerkt viele Weichen endgültig gestellt“ wurden. Die Leistungen des Wirtschaftsrates wurden nicht zuletzt dadurch verdeckt, daß er an der Erarbeitung des Grundgesetzes überhaupt nicht beteiligt war<sup>2)</sup>. Wohl ist ein Umstand richtig, der noch heute zur Unterschätzung des Wirtschaftsrates beiträgt, nämlich, daß sich die Anfangsphase des bizonalen Gremiums außerordentlich schwierig und wenig effektiv gestaltete, zumal die Kompetenzen äußerst gering und die Aufsicht durch die Besatzungsmächte sehr stark waren. Doch dann kam der Apparat mehr in Gang: „Gegen Ende der Bizonen-Ära“ waren die Frankfurter Parlamentarier so in Schwung gekommen, daß BICO einige Mühe hatte, sie zu bremsen. Die Alliierten, die in der ersten und zweiten Phase der Bizone so ärgerlich über den schleppenden Gang der Geschäfte gewesen waren, fürchteten im Frühjahr und Sommer 1949, daß alle noch anstehenden Gesetzesvorlagen zugunsten der bizonalen Erfolgsbilanz — und möglicherweise zu Lasten der kommenden Bundesrepublik, die die Verpflichtungen tragen müßte — durchgepeitscht werden sollten<sup>3)</sup>.

Tatsächlich beschloß der Wirtschaftsrat in den zwei Jahren seiner Existenz 171 Gesetze, von denen immerhin 131 für die Bundesrepublik gültig blieben — Zeichen für die wachsende Handlungsfähigkeit dieser von vielen, aber bei weitem nicht von allen deutschen politischen Kräften unterschätzten Institution. Die Grenzen dieser Handlungsfähigkeit jedoch wurden noch 1949 markiert, als die Militärregierungen die Reform des deutschen Beamtengesetzes durch ein eigenes, an angelsächsischen Maßstäben orientiertes Gesetz erzwangen, obwohl der Wirtschaftsrat, wenn auch gezwungenermaßen, über ein derartiges Gesetzeswerk verhandelte. Hier liegt — nebenbei gesagt — ein in der Öffentlichkeit kaum gesehener großangelegter alliierter Reformwunsch vor — Handlungsspielräume für die Deutschen? —, den die Deutschen so gar nicht wünschten und den sie bis 1953 schließlich abwürgen konnten<sup>4)</sup>.

Der beschriebene Sachverhalt der wachsenden Aktivität des Wirtschaftsrates reicht allein jedoch nicht aus, seine Bedeutung für die Weichenstellungen des zukünftigen westdeutschen Staates neu zu bestimmen. Nicht in der Schlußphase seiner

Arbeit erfolgten diese Weichenstellungen, sondern gleich am Anfang im Juli 1947 und dann im Juni 1948.

Am 23./24. Juli 1947 verzichtete die SPD überraschend schnell auf „Regierungsbeteiligung“ in Gestalt von Direktorenposten, förderte auf diese Weise eine bis dahin noch nicht formierte bürgerliche Koalition, die der Interessenrichtung des Adenauer-Flügels entgegenkam und übernahm die Oppositionsrolle. Ich habe dies 1984 so formuliert: „Die Bonner Koalition vom Herbst 1949 entstand nicht erst aufgrund des Bundestagswahlergebnisses, sie existierte im Frankfurter Wirtschaftsrat bereits seit Sommer 1947 und war seitdem in diesem ‚Vorparlament‘ der Bundesrepublik bestens erprobt und für eine längere Regierungsdauer gerüstet. Die SPD andererseits übernahm 1949 nicht erst erzwungenermaßen aufgrund des Wahlergebnisses die Rolle der parlamentarischen Opposition, sie hatte sie fast freiwillig seit Sommer 1947 im Wirtschaftsrat inne. Während dieser Zeit präformierte sie den konstruktiven Charakter der parlamentarischen Opposition im Deutschen Bundestag, begab sich dabei aber der Möglichkeiten, die Wirtschaftsordnung des neuen Staates maßgeblich zu bestimmen.“<sup>5)</sup>

Damit ist bereits die zweite Weichenstellung angesprochen: das Leitsatzgesetz, das am 17./18. Juni 1948 vom Wirtschaftsrat beschlossen wurde. Der Anteil der Deutschen an der Währungsreform war nicht so groß, wie es in der Erinnerung aussieht, und Ludwig Erhard war nicht etwa der Vater dieser Reform. Aber: So gering der deutsche Anteil hier auch war, so bedeutsam war er bei den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Weichenstellungen, die seit Juni 1948 vom Frankfurter Wirtschaftsparlament und Erhard als dem Direktor der Verwaltung für Wirtschaft vorgenommen wurden. Die Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft, in ihrer Entstehungszeit ebenso umstritten wie später euphorisch gepriesen, wurde zur zentralen Leistung des Wirtschaftsrates. Bevor man im Grundgesetz die Wirtschaftsordnung des neuen Staates offenzulassen beschloß, wurde im Wirtschaftsrat die an neoliberalen Grundsätzen orientierte Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland de facto festgelegt und in ersten Schritten erprobt.

Die Frage nach den Leistungen des Frankfurter Wirtschaftsrates ist zugleich die nach den Handlungsspielräumen der Deutschen, und die soeben mitgeteilten Antworten bejahen Existenz und Nutzung eines solchen. Die Veränderungen in der Bizonenverwaltung mit Schaffung des ersten Wirtschaftsrates im Sommer 1947 reflektierten die nunmehrige Klarheit, daß das Ost-West-Verhältnis eine neue Konfliktstufe (Kalter Krieg) erreicht

<sup>2)</sup> W. Benz, Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946—1949, Frankfurt 1984, S. 117.

<sup>3)</sup> Ders., Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1984, S. 80.

<sup>4)</sup> U. Reusch, Versuche zur Neuordnung des Berufsbeamtentums, in: J. Foschepoth/R. Steininger (Hrsg.), Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 bis 1949, Paderborn 1985, S. 180 f.

<sup>5)</sup> Vgl. Anm. 1, S. 37.

hatte. Jetzt erst wurde planmäßiges Handeln der Deutschen im Hinblick auf die Zukunft möglich, so begrenzt die Kompetenzen des Wirtschaftsrates zunächst auch waren, denn die USA konnten eine *policy of postponement* nicht länger verantworten und gingen zu offensiver Gestaltung der europäischen Verhältnisse über. War dies der Rahmen, so kam es nun seit Mitte 1947 darauf an, was die Deutschen aus der Institution des Wirtschaftsrates und der beschränkten Gesetzgebungsbefugnis machen würden. Hier mußte sich entscheiden, welche Gruppen zuerst grundsätzlich auf der Basis der gegebenen Strukturen zu gestalterischer Tätigkeit nicht nur bereit, sondern auch in der Lage waren, die situativen Faktoren zu erkennen und richtig einzuschätzen, die erfolgversprechende Aktivitäten im Sinne der Realisierung eigener Vorstellungen gestatten könnten. Es waren von Anfang an die ‚bürgerlichen‘ Parteien, geführt von der CDU, welche diese Chance erkannten und nutzten, während die Sozialdemokraten u. a. aufgrund der Einschätzung, daß es sich beim Wirtschaftsrat um ein Provisorium in einer Kette von Provisorien handelte, die Möglichkeit aktiver Gestaltung nicht deutlich genug erkannten und deshalb überwiegend nur reagierten.

Mit diesem realitätsbezogenen Zupacken, das seinerseits den Handlungsspielraum langsam, aber stetig vergrößerte, bereitete die ‚bürgerliche‘ Koalition auch den Weg und damit den Handlungsrahmen für die Verwirklichung eines wirtschaftspolitischen Konzepts, das der seit Frühjahr 1948

amtierende Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard, entwickelte. Von einer politischen Gruppierung getragen, die ihre Position im Wirtschaftsrat erkämpft und ausgebaut, aber nur sehr allgemeine Vorstellungen von zukünftiger Wirtschaftsordnung hatte, schmiedete er ein sozialökonomisches Strukturkonzept, und setzte dieses ein. Es wurde von den Alliierten nicht oktroyiert, gegen ihren Willen wäre es allerdings nicht durchsetzbar gewesen. Gerold Ambrosius akzenturiert den Umstand in einem gerade erschienenen Beitrag so: „Ohne Einwilligung der Alliierten verband ... Ludwig Erhard die Währungsreform mit einer Wirtschaftsreform.“<sup>5a)</sup> Aber auch auf das Handeln Adenauers fällt in diesem Kontext ein besonderes Licht, denn er verstand es, den parteilosen Erhard in die bürgerliche Koalition einzubinden.

Wenn auch der Erfolg des Erhard-Konzeptes lange in Frage stand, so setzte es sich doch bis 1950 durch und prägte damit eine der grundlegenden Strukturen der Bundesrepublik Deutschland. Die Institution, aus der diese Struktur hervorging, war der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Funktion und Bedeutung des Wirtschaftsrates sind damit umschrieben.

Sind diese Erkenntnisse nun relevant genug, um auch den Schülern bei der Suche nach Antworten auf die Bedingungen ihrer Gegenwart behilflich sein zu können, um also in Schulbüchern und Lehrplänen entsprechend berücksichtigt zu werden?

## II.

Was steht über den Wirtschaftsrat z. B. in zwei ziemlich neuen Geschichtsbüchern der Sekundarstufe I?

1. „*erinnern und urteilen*“, IV (1986)<sup>6)</sup>: „1947 schlossen die beiden angelsächsischen Staaten ihre Zonen zu einem vereinigten Wirtschaftsgebiet (‚Bizone‘) zusammen, ohne dafür die Zustimmung der anderen Besatzungsmächte einzuholen ...“. Und etwas später: „Im Anschluß an die Währungsreform von 1948 entschloß sich die CDU-FDP-Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat (dem Wirtschaftsparlament der britisch-amerikanischen Bizone) auf Anraten des CDU-Wirtschaftsdirektors Ludwig Erhard zu einem aufsehenerregenden wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Sie hob die bis dahin geübte Lenkung der

Güterproduktion und -verteilung durch staatliche Behörden in vielen Wirtschaftsbereichen auf und ersetzte sie durch die Entscheidungsfreiheit der wirtschaftenden Menschen.“

2. „*Geschichte und Gegenwart*“, Ausgabe Baden-Württemberg, 4 (1984)<sup>7)</sup>: „Vom 1. Januar 1947 an wurden die angelsächsischen Besatzungszonen in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten als einheitliches Gebiet behandelt. Amerikaner und Engländer regelten künftig in der ‚Bizone‘ gemeinsam die Einfuhr lebenswichtiger Güter, die Ausfuhr deutscher Waren und erhöhten die Lebensmittel-Rationen nach einheitlichem Maßstab. Bald darauf traten auch deutsche Gremien zusammen, um unter Aufsicht der Besatzungsmächte die wirtschaftliche Entwicklung der Bizone voranzutreiben. Sie konnten Amerikaner und Engländer von der Notwendigkeit überzeugen, den Umfang

<sup>5a)</sup> G. Ambrosius, Die Ökonomie der 50er Jahre: Zum Verhältnis von Wachstum, Struktur und Politik, in: SOWI 15 (1986) 2, S. 21.

<sup>6)</sup> Klett-Verlag, Stuttgart 1986, S. 141 f. und 146.

<sup>7)</sup> Verlag Schöningh/Schroedel, Paderborn 1984, S. 30 und 31.

der deutschen Produktion vor allem im Bereich der Metall-, Maschinen- und chemischen Industrien zu erweitern. Im März 1948 stimmte schließlich auch Frankreich einer Vereinheitlichung der westlichen Wirtschaftspolitik in Deutschland zu; die amerikanische Politik hatte ihre Wirkung nicht verfehlt, die durch zwei Stichworte zu kennzeichnen ist.“

Diese beiden Stichworte sind Marshallplan und Währungsreform. Die Wirtschaftsreform wird nicht als drittes Stichwort genannt. Etwas später heißt es dann: „Währungsreform, Steuererleichte-

rungen für Unternehmer und der Übergang zur Marktwirtschaft durch die Abschaffung staatlicher Preis- und Bewirtschaftungsvorschriften kurbelten die Industrieproduktion beträchtlich an und förderten die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die Weichen in Richtung ‚Wirtschaftswunder‘ der 50er Jahre waren gestellt.“

Und die Lehrpläne? Wird der Wirtschaftsrat z. B. in den revidierten baden-württembergischen Lehrplänen von 1983, die seit 1984 praktiziert werden, für Hauptschule, Realschule und Gymnasium in Lernzielen bzw. Stichwörtern erwähnt?<sup>8)</sup>

### III.

In der Lehrplaneinheit 5, Klasse 9 der Hauptschule, sollen die Schüler erkennen, daß die Entstehung zweier deutscher Staaten nicht dem Willen des deutschen Volkes entspricht, sondern die Folge des verlorenen Krieges und der weltpolitischen Gegensätze der Nachkriegszeit ist. Sie sollen die Soziale Marktwirtschaft und die Westorientierung als historische Grundlagen des Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland begreifen. Die Beschäftigung mit der DDR soll ihnen die Frage der Deutschen Einheit und das Problem des Nationalbewußtseins vor Augen führen. Als Stichwörter findet man: Wiederbeginn des demokratischen politischen Lebens, Neuordnung Deutschlands und Europas im Zeichen des Ost-West-Konfliktes, Truman-Doktrin, Marshallplan, Marktwirtschaft, Währungsreform, Grundgesetz.

Im Realschul-Lehrplan Klasse 10 „Deutschland im Ost-West-Konflikt“ heißt es, daß die Schüler zur Anerkennung der Wiederaufbauleistung geführt werden und erkennen sollen, daß die Spaltung Deutschlands auf dem verlorenen Krieg und dem Ost-West-Konflikt nach 1945 beruht, wobei ihnen bewußt werden soll, daß ein Anspruch auf Einheit der deutschen Nation und auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit besteht. Stichwörter, die Vorgeschichte und den Aufbau der Bundesrepublik betreffend, sind: Truman-Doktrin, Marshallplan, die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Besatzungszonen und in Berlin, die Entstehung der Bundesrepublik.

<sup>8)</sup> Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg, Lehrplanrevision in Baden-Württemberg. Die revidierten Lehrpläne, eingeführt im Schuljahr 1984/85.

Im gymnasialen Lehrplan S II zielt der Leistungskurs 13.1 „Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland“, Einheit 4 „Demokratischer Neubeginn nach 45“ darauf, daß die Schüler das Entstehen eines neuen politischen Bewußtseins in Ost und West unter den Bedingungen des totalen Zusammenbruchs untersuchen und die Vorstellungen von der „Stunde Null“ erörtern sowie das Zusammenwirken von demokratischer Tradition und politischer Neubestimmung, von alliierten Einflüssen und deutscher Selbstbestimmung bei der Neugestaltung des politischen Lebens in den Besatzungszonen verfolgen. Hier interessierende Stichwörter sind: Grundlagen und Wendepunkte der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Westzonen und in der SBZ 1945 bis 1949, Erfahrungen von Weimar, politische Neuorientierung, alliierte Einflußnahme und Entstehung des Grundgesetzes.

Im Grundkurs 13.2 „Deutschlandpolitische und weltpolitische Entwicklungen nach 1945“ sollen die Schüler u. a. die Gründe für die deutsche Teilung und die historischen Wendepunkte für die Deutsche Frage kennen sowie sich mit den politischen Konzeptionen in Ost und West auseinandersetzen. Hier sind folgende Stichwörter zu nennen: Ausgangsbedingungen und Weichenstellungen in den Westzonen und in der sowjetischen Besatzungszone, die Gründung der Bundesrepublik.

Die Zielformulierungen aller zitierten Lehrpläne bleiben sehr allgemein, die hier besonders interessierenden Stichwörter nennen Währungsreform, Marshallplan, Marktwirtschaft, nicht aber Funktion und Leistung des Wirtschaftsrates, lassen aber gleichwohl die Behandlung im Unterricht zu.

#### IV.

Die Befunde sind in dieser Einführung noch nicht zu diskutieren. Ich sagte eingangs, daß schlichte Lehrplan- und Schulbuchschelte nicht beabsichtigt sind. Daß die Schulbücher generell besser geworden sind, habe ich bereits in meinem Diskussionsbeitrag in der Rohlfes/Rumpf/Schmid-Sektion in Münster 1982 festgestellt und mich inzwischen selbst bemüht, an dieser Verbesserung mitzuarbeiten. Dennoch geht es hier darum, gerade an noch neuen und ‚unfertigen‘ Themen der Nachkriegszeit durch eine Bestandsaufnahme von fachwissenschaftlichen Erträgen und Lehrplan- und Schulbuchbefunden — natürlich auch positiver Art, wie das erste Schulbuchbeispiel ausweist — zu zeigen, welche Abstände zwischen Schulbuchstandard und Forschungsstand bestehen.

Danach wird die Frage der schnelleren Überwindung des bekannten *time-lag* ebenso diskutiert werden müssen wie das Grundsatzproblem, unter welchen Kriterien neue wissenschaftliche Erkenntnisse im Hinblick auf ihre Aufnahme in Lehrpläne und Schulbücher generell wie auch deren Art und Weise geprüft werden sollen. Denn: Nicht kann es darum gehen, seitens der Fachwissenschaft einfach Forderungen zu erheben, was gelehrt und gelernt werden müsse. Im Programm steht die Formulierung: „Möglichkeiten und Grenzen der Rezeption der Forschung unter den Bedingungen der Schule.“ Ohne eine didaktisch begründete Auswahl der Unterrichtsinhalte auf der Basis curriculumtheoretischer, sozialisations-, bildungs-, informations- wie lerntheoretischer sowie entwicklungs- und denpsychologischer Bezüge sind neue fachwissenschaftliche Erkenntnisse nicht in Lehrpläne und Schulbücher einbringbar.

Auf einer didaktischen Fachtagung im Juli dieses Jahres in Soest wurde u. a. auch die Lehrplan- und

Lehrbuchfrage der Geschichtsdidaktik diskutiert<sup>9)</sup>. Gefragt wurde nach der heteronomen Situation bezüglich der bildungspolitischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik, nach den neuen kurzen, nicht mehr argumentativen Lehrplänen, den problematischen Prinzipien und Verfahrensweisen staatlicher Schulbuchzulassung, aber auch nach den Aufgaben der Fachwissenschaftler wie der Fachdidaktiker angesichts derzeitiger Entwicklungen. Zum letztgenannten Aspekt wurde an die Kategorien Robinsohns und ihre Instrumentalisierung für die Auswahl historischer Unterrichtsinhalte (Bedeutung eines Gegenstandes im Gefüge der Wissenschaften, Leistung für das Weltverstehen des Schülers, Funktion in Verwendungssituationen des privaten und öffentlichen Lebens) unter der Frage erinnert, was Fachwissenschaftler und Fachdidaktiker — den Konsens über deren Anwendbarkeit vorausgesetzt — jeweils einzubringen vermöchten.

Dabei zeichnete sich eine Erkenntnis ab, die sich auch in der Geschichte von Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik verifizieren läßt, nämlich die, daß Fachwissenschaftler und Fachdidaktiker bei unterschiedlicher Gewichtung durchaus von vergleichbaren Grundüberlegungen ausgehen, indem beide bei der Auswahl ihrer Themen die Relevanzfrage stellen. So äußerte J. Kocka, daß der Fachwissenschaftler auch nach der Bedeutung seiner Themen für Weltverständnis und Lebensbewältigung der Studenten frage, und K. E. Jeismann stellte mit Blick auf die in den siebziger Jahren geleistete Arbeit der Lübecker Gruppe fest, daß die Inhaltsauswahl für den Geschichtsunterricht immer auch von dem Versuch bestimmt werde, Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben. Das bedeute, daß der Geschichtsdidaktiker gleichsam naturwüchsig die großen Themen der Zeit, aber auch der Geschichtswissenschaft aufnehme und zu einer Kommunikation zwischen gesellschaftlichen Anliegen und Wissenschaft gelange.

<sup>9)</sup> Bericht von U. Uffelman in: *Geschichtsdidaktik*, (1987) 1.

# Ein deutsches Entwicklungsmodell?

## Zur Rolle des Marshallplans beim Wiederaufstieg der westdeutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

### I.

„Währungsreform und Marshallplan bewirkten ... in den Westzonen Deutschlands und im demokratischen Europa Wunder.“<sup>1)</sup> Auf einen kleineren Nenner läßt sich der Stand des gegenwärtigen Schulbuchwissens über die Ursachen des Nachkriegsaufstiegs der westdeutschen Wirtschaft kaum bringen. Demzufolge gab die Einbeziehung Deutschlands in das 1947 verkündete Wiederaufbauprogramm (ERP) der Vereinigten Staaten den Anlaß zur Währungsreform vom 20. Juni 1948 und legten beide Maßnahmen zusammen „das wirtschaftliche Fundament“ für „eine wirtschaftliche Gesundung“ der Westzonen<sup>2)</sup>.

Zwar fehlt in der neueren Schulbuchdarstellung nicht mehr der Hinweis auf einen früheren Beginn der Aufwärtsentwicklung der westdeutschen Wirtschaft (und damit der Bezug zum Stand der neueren zeithistorischen Forschung), doch macht auch sie erst das amerikanische Hilfsprogramm für „einen durchschlagenden Erfolg“<sup>3)</sup> verantwortlich — und bleibt damit repräsentativ für die weit verbreitete Sichtweise, die dem Marshallplan eine zentrale materielle Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufbau nach 1945 zumißt. Zu dieser Überzeugung gehört, daß realer Ressourcentransfer aus den USA den Anstoß zur Produktionssteigerung gegeben, das Startkapital für den Wiederaufbau geliefert und die einheimische Wirtschaft gleichzeitig mit dem neuesten Stand der Technik und der Produktionsmethoden vertraut gemacht habe. Damit war nicht nur eine einfache und plausibel klingende Erklärung gefunden, warum Westeuropa und vor allem die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einen so überraschenden wirtschaftlichen Aufstieg nahmen. Eine ganze Generation von Politikern hat darüber hinaus die Gültigkeit der deutschen

Nachkriegserfahrung für die Entwicklungspolitik verallgemeinert und zur Grundlage ihrer Haltung gegenüber den Wirtschaftsproblemen der Dritten Welt gemacht („Ein Marshallplan für Afrika“!).

Zur Befriedigung unseres gegenwärtigen Interesses am Marshallplan genügt es deshalb nicht zu wissen, daß das amerikanische Hilfsprogramm den Wiederaufbau und das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft wesentlich beeinflußt hat. Wichtiger noch ist, wie dies geschah. In dieser Hinsicht hat die Forschungsarbeit des vergangenen Jahrzehnts zu wesentlichen Modifikationen bisher vertrauter Vorstellungen geführt<sup>4)</sup>. Sie stellt zwar die zentrale Bedeutung des Marshallplans für die westdeutsche Nachkriegswirtschaft nicht in Frage, rückt sie aber in ein neues Licht. Die Forschung relativiert die Rolle des materiellen Ressourcentransfers und lenkt unsere Aufmerksamkeit auf andere Wirkungswege des ERP. In jedem Fall scheint es notwendig, den Zustand der deutschen Industriewirtschaft am Vorabend des Marshallplans besser zu kennen und die entscheidenden ersten Schritte ihres Aufstiegs zu verfolgen.

<sup>4)</sup> Vgl. dazu u. a. W. Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945—1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet* (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30), Stuttgart 1975; J. Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford (Cal.) 1976; W. Abelshauser, *Wiederaufbau vor dem Marshallplan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre*, in: VfZ, 29 (1981), S. 545—578; Imanuel Wexler, *The Marshall Plan Revisited*, Westport (Conn.) 1983; W. Abelshauser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (= Neue Historische Bibliothek, es 1241), Frankfurt/M. 1983; Alan Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945—51*, London 1984; W. Abelshauser, *Der Kleine Marshallplan. Handelsintegration durch innereuropäische Wirtschaftshilfe 1948—1950*, in: *Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsgg. v. H. Berding (= *Geschichte und Gesellschaft*, Sonderheft 10), Göttingen 1984, S. 212—224; siehe auch die 1987 im Verlag John Hopkins erscheinende und von Charles S. Maier herausgegebene Forschungsbilanz „The Marshall Plan in Germany“.

<sup>1)</sup> *Geschichte und Gegenwart. Arbeitsbuch Geschichte*, Ausgabe für Realschulen in Baden-Württemberg, hrsgg. v. H. U. Rudolf und E. Walter, Bd. 4: *Die Welt nach 1945*, Schöningh/Paderborn 1984, S. 100.

<sup>2)</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 100.



## II.

Im Frühsommer 1947 gab es in Westdeutschland kaum einen Zweifel daran, daß amerikanische Hilfe zur Wiederankurbelung der industriellen Produktion notwendig sei. Noch immer war die „Lähmungskrise“ nicht überwunden, die im Winter 1946/47 den bisherigen Erfolg des Wiederaufbaus wieder zunichte gemacht hatte<sup>5)</sup>. Die Erholung der bizonalen Industrie war in diesem harten Winter an die Grenzen gestoßen, die der nach wie vor schlechte Zustand der Verkehrsinfrastruktur einer noch so bescheidenen Produktionsausweitung zog. Auch wenn die Wirtschaftskrise in Deutschland besonders katastrophal ausfiel und hier spezifische Ursachen hinzukamen, so war sie doch ein europaweites Phänomen, das für die Stabilisierungsbemühungen der Vereinigten Staaten das Schlimmste befürchten ließ. Die Wirtschafts- und Ernährungskrise des Frühjahrs 1947 bildete daher den Hintergrund für erste Überlegungen, Europa durch Koordination und Ausbau amerikanischer Hilfslieferungen vor dem endgültigen Abgleiten ins wirtschaftliche und politische Chaos zu bewahren.

Doch nur wenige Monate später, im Herbst 1947, also ein Jahr vor den ersten Marshallplan-Lieferungen, besserten sich die Aussichten spürbar. In Westdeutschland begann jener für die Zeitgenossen so erstaunliche, langanhaltende Prozeß des Wiederaufstiegs der Wirtschaft, der weit über den hier zu betrachtenden Zeitraum hinaus anhielt<sup>6)</sup>. Seine Ursachen liegen im Zusammentreffen zweier günstiger Umstände. Einerseits verfügten die Westzonen über eine relativ gute Ausstattung mit materiellen Produktionsfaktoren, andererseits waren die Vereinigten Staaten nach dem Moskauer Rat der Außenminister vom Frühjahr 1947 endgültig entschlossen, Westeuropa nicht weiter auf Kosten der industriellen Substanz Westdeutschlands zu stabilisieren, sondern dieses Ziel über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Kraft der westlichen Besatzungszonen schneller und wirkungsvoller zu erreichen. Washington hatte schon bald nach Kriegsende in Erfahrung gebracht, daß die Substanz der Industrie den Bombenkrieg überraschend gut überstanden hatte und der Kapitalstock sogar um rund 20 v. H. über den Stand von 1936 gewachsen war. Auch in qualitativer Hinsicht förderte die Untersuchung Erstaunliches zu Tage. Sowohl die Altersstruktur als auch die produktive Wirksamkeit des Anlagevermögens erreichten zum Kriegsende einen Höhepunkt und spiegelten damit die Auswirkungen des

Investitionsbooms der Jahre 1936 bis 1943 wider<sup>7)</sup>.

Auch an Arbeitskraft waren die westlichen Besatzungszonen nicht knapp. Die Wanderungsbewegungen des Kriegsendes hatten im britisch-amerikanischen Besatzungsgebiet schon 1946 die Bevölkerungszahl um nahezu sieben Millionen Menschen erhöht, die — wenn auch zunächst regional ungleich verteilt und altersmäßig ungünstig zusammengesetzt — das Arbeitskräftereservoir weit über den Vorkriegsstand hinaus anhoben. Dabei blieb der hohe Qualifikationsstandard der Vorkriegszeit zumindest erhalten, wenn er sich nicht sogar in der Zwischenzeit positiv weiterentwickelt hatte.

Dieser aktiven Bilanz westdeutscher Ressourcen standen allerdings gewichtige Passivposten gegenüber: Auf der Substanz der zonalen Industriewirtschaft lastete die schwere Hypothek der Besatzungsverwaltung und der Reparationen zugunsten der Kriegsgegner Deutschlands. Der Umfang der Sachleistungen an die Brüsseler Interalliierte Reparationsagentur (IARA) wurde im ersten Industrieplan des Kontrollrats (März 1946) auf 1 800 Anlagen und -teile festgelegt. Die Demontageliste wurde danach aber schrittweise verkürzt. Der revidierte Industrieplan vom August 1947 hielt noch die Hälfte, das Petersberger Abkommen vom November 1949 nur noch 38 v. H. der ursprünglichen Forderungen aufrecht. Während die IARA den Anteil der Demontageschäden auf 3,1 v. H. des Brutto-Anlagevermögens der Industrie veranschlagt, kommt der deutsche Reparationsbeauftragte Gustav Harmssen — im Vergleich von 1936 und Ende 1949 — auf eine durchschnittliche Kapazitätsminderung von 5,2 v. H. Angesichts der günstigen Ausstattung mit industriellen Anlagen und einem Produktionsniveau, das noch 1948 erst die Hälfte des Vorkriegsstandes erreichte, lag der produktionshemmende Effekt der Demontagen eher im psychologisch-politischen Bereich. Dagegen waren verdeckte Reparationen eher geeignet, dem westdeutschen Wiederaufbau enge Grenzen zu ziehen. Dies galt vor allem für den Außenhandel und für die inneren Besatzungslasten („unsichtbare Exporte“). Letztere verschafften den Besatzungsmächten über die offiziellen Reparationen hinaus direkten Zugriff auf ein Sechstel des westdeutschen „Sozialproduktes“, sei es als Geldzahlungen oder als Leistungen aus der laufenden Produktion. Der Warenaustausch mit dem Ausland beschränkte sich im wesentlichen auf zwei Kategorien von Lieferungen: Auf der einen Seite Getreideeinfuhren

<sup>5)</sup> Siehe dazu Abelshäuser, *Wirtschaft* (Anm. 4), S. 35—42.

<sup>6)</sup> Ebenda, S. 45—51.

<sup>7)</sup> Zur Bilanz der Ressourcen siehe Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte* (Anm. 4), S. 20—32.

aus Hilfsprogrammen der Besatzungsarmeen für die Bizone (GARIOA bzw. UK-contribution-fonds), soweit sie zur Vermeidung von Unruhen und Seuchen unabdingbar waren, und auf reparationsähnliche Ausfuhren deutscher Rohstoffe aus den drei Zonen auf der anderen.

Unter diesen Bedingungen war Westdeutschland vor dem Herbst 1948, als die ersten Marshallplan-Lieferungen eintrafen, beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft im wesentlichen auf die eigenen Kräfte angewiesen. Diese waren — das zeigt die industrielle Vermögensrechnung ebenso wie die Bilanz des Arbeitskräftepotentials — so schwach nicht. Westdeutschland war arm, aber nicht unterentwickelt.

Sobald Westdeutschland über seine Ressourcen frei verfügen konnte und günstige Rahmenbedingungen im Außenhandel hinzukamen, war deshalb eine schnelle Rekonstruktion der Wirtschaft zu erwarten. Beide Voraussetzungen sollten 1947/48 eintreten — wenn nicht durch den Marshallplan selbst, so durch den Wandel der amerikanischen Europapolitik, der zur Formulierung des europäischen Wiederaufbauprogramms (ERP) führte.

Auf drei wichtigen Gebieten, die sich bis dahin als Engpässe des Wiederaufbaus erwiesen hatten, gelang es im Laufe des Jahres 1947, wesentliche Verbesserungen zu erzielen<sup>8)</sup>:

— Die Kohlenförderung kam seit Januar kräftig in Schwung, nachdem die nordrhein-westfälische Landesregierung auf Druck der Militärregierung ein Punktsystem als Leistungsanreiz eingeführt hatte, auch wenn dessen Belohnungen zunächst zu Lasten des Normalverbrauchers gingen.

— Die Instandsetzung der Verkehrsinfrastruktur erhielt absolute Priorität und zog einen großen Teil der gelenkten Ressourcen der Bizone auf sich

— Durch organisatorische Maßnahmen gelang es — ohne daß Produktions- oder Importsteigerungen möglich gewesen wären —, die Lebensmittelrationen, wenn auch nicht für den Normalverbraucher, für zulageberechtigte Arbeitskräfte deutlich anzuheben.

Der materielle Aufwand der Ankurbelung war relativ gering; im wesentlichen beschränkte er sich auf organisatorische Verbesserungen und die Zusammenfassung der Ressourcen zu Schwerpunkten — auch auf Kosten anderer Industrien, insbesondere der Verbrauchsgüterindustrien. Der Durchbruch zu stetigen und hohen Zuwachsraten der Produktion, die seit dem Herbst 1947 einsetzen, gelang im wesentlichen ohne Hilfe von außen. Mit ihrer Entscheidung, die Ressourcen der Bizone stärker für den deutschen Wiederaufbau einzusetzen, hatten die Militärregierungen dafür die Voraussetzung geschaffen.

### III.

Die Vorstellungen, die die Öffentlichkeit von den Wirkungen des Marshallplans hatte, gingen weit darüber hinaus. Man versprach sich vor allem zusätzliche Mittel aus Amerika. Entgegen den hochgespannten Erwartungen zu Beginn des Jahres 1948 spielten die Warenlieferungen des Marshallplans aber für den Wiederaufbau im Vereinigten Wirtschaftsgebiet zunächst keine große Rolle. Während der Aufschwung im Herbst 1947 begonnen hatte, setzten die ersten ERP-Warenlieferungen für die Bizone erst ein Jahr später ein.

Die Praxis des Marshallplans erfüllte auch nicht die weitergehenden Hoffnungen, die deutsche Wirtschaftspolitiker an ihn geknüpft hatten. Ludwig Erhard war noch im Februar 1948 im Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern davon ausgegangen, daß er die gesamte Kapitalbildung aus dem Marshallplan finanzieren und das westdeutsche Sozialprodukt praktisch vollständig für den Konsum verwenden könne<sup>9)</sup>. Jedenfalls nahmen die Beamten der Wirtschaftsverwaltung an, daß

die neue Auslandshilfe größer ausfallen und vor allem flexibler verwendbar sein würde als die laufenden GARIOA-Lieferungen der US-Armee. Vor allem aber sollten Marshallplan-Einfuhren in den kritischen Monaten nach der Währungs- und Wirtschaftsreform zum Gelingen des neo-liberalen Experiments beitragen. Dies war denn auch der Tenor des offiziellen ERP-Rechenschaftsberichts des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für 1948<sup>10)</sup>. Demgegenüber machte der „Berater für den Marshallplan“, der das ERP-Programm auf der deutschen Seite verwaltete, in seinem zum internen Gebrauch verfaßten „vertraulichen Jahresbericht 1948“ aus der Not der enttäuschenden Bilanz des Jahres 1948 die nüchterne Tugend, „daß man dem Wesen des Marshallplans nicht gerecht (werde), wenn man ihn nur nach seinen unmittelbar greifbaren wirtschaftlichen Ergebnissen beurteilt“<sup>11)</sup>.

In der Tat war der praktische Beitrag des Hilfsprogramms für den Wiederaufbau in West-

<sup>8)</sup> Ebenda, S. 40—45.

<sup>9)</sup> BA, Z 32/10, Fol. 83.

<sup>10)</sup> BA, B 146/189.

<sup>11)</sup> Ebenda.

deutschland bis dahin kaum greifbar. Noch im September 1948 waren weit mehr als die Hälfte der geplanten Marshallplan-Einfuhren im Stadium der bürokratischen Vorbereitung. Lediglich Lieferungen im Wert von 22 Mio. Dollar waren in Bremerhaven angekommen. Mit Ausnahme eines kleinen Postens Ernte-Bindegarn handelte es sich dabei um Nahrungsmittel. Gewerbliche Lieferungen fehlten vollständig. Gerade in dieser Phase des westdeutschen Wirtschafts- und Währungsexperiments wären Marshallplan-Lieferungen hilfreich gewesen, um den Preisauftrieb nach der Währungsreform aufzufangen und die wirtschaftliche Lage insgesamt zu stabilisieren. Die ERP-Kommission des bizonalen Wirtschaftsrates, der neben Parteivertretern auch Repräsentanten der Wirtschaftsverwaltung, des Verwaltungsrates und des Länderrates angehörten, tat sich daher schwer, dem „wenig befriedigenden Stand der effektiven Hilfslieferungen“ wenigstens außenpolitisch „eine positive Seite“ abzugewinnen<sup>12)</sup>. Schließlich mußte die Verwaltung für Wirtschaft gegenüber Mitgliedern der Kommission nicht nur einräumen, daß „der effektive Stand der ERP-Lieferungen sehr unerfreulich ist“, sondern daß darüber hinaus „nur von außerordentlich umständlichen und verwirrenden Verhandlungen innerhalb der Pariser Organisation“ berichtet werden konnte und die tatsächlichen Ergebnisse deshalb auch dort „bisher sehr mäßig“ waren.

Auch das Washingtoner Kriegsministerium war „thoroughly upset to find that of the first quarter program except for GARIOA funds and for one item of binder twine procured by the Army, not a single item had been delivered in Germany nor even a contract executed“<sup>13)</sup>. Von den Waren im Gesamtwert von knapp 99 Mio. Dollar, die schließlich bis zum Jahresende geliefert worden waren, entfielen nur 22 Mio. Dollar auf „Industriegüter“ — über zwei Drittel davon auf Baumwolle. Damit waren lediglich 27 v. H. der bis dahin zugesagten Hilfe von 362 Mio. Dollar in der Bizone angelangt und gewiß sehr viel weniger als jene „Hunderte von Millionen Dollar“, die einer im Rundfunk übertragenen Neujahrsansprache des „Regierungschefs“ der Bizone zufolge bis dahin „in Form von Waren in unser Land eingeströmt sind“<sup>14)</sup>.

Die Marshallplan-Hilfe wurde auch nicht zusätzlich zu den bisherigen GARIOA-Lieferungen des amerikanischen Kriegsministeriums gegeben, sondern trat an deren Stelle. Tatsächlich waren

GARIOA- und ERP-Mittel ihrer jeweiligen Gesamthöhe nach annähernd gleich hoch. Die Marshallplan-Hilfe betrug insgesamt — d. h. über ihre Laufzeit von 1948 bis 1952 hinweg — 1,560 Mrd. Dollar, während die GARIOA-Lieferungen mit 1,620 Mrd. Dollar angesetzt wurden. Wenn auch die Bewertung der letzteren wesentlich willkürlicher erfolgte als beim ERP-Programm, so übertrafen die Hilfslieferungen der US-Armee dennoch den Marshallplan an quantitativer Bedeutung beträchtlich, weil ihr Umfang im Verhältnis zum niedrigeren Stand des „Außenhandels“ und des „Sozialprodukts“ in der ersten Nachkriegszeit gesehen werden muß. An qualitativen Kriterien gemessen schnitt dagegen der Marshallplan besser ab, bestanden seine Lieferungen doch nicht nur aus Lebensmitteln (noch dazu von besserer Qualität), sondern auch aus industriellen Rohstoffen und in geringem Umfang aus Investitionsgütern. Allerdings erfüllte sich die Hoffnung der deutschen Seite, sie könnte über die Dollarhilfe frei verfügen, nicht. Die Vereinigten Staaten orientierten ihre Lieferungen vor allem in der Anfangszeit des Programms weniger an den „Wunschlisten“ der deutschen Wirtschaftsverwaltung als an ihren eigenen binnenwirtschaftlichen Präferenzen. Rohbaumwolle und Tabak standen deshalb mit Abstand an der Spitze der „industriellen“ Lieferungen<sup>15)</sup>.

Die Enttäuschung darüber war groß, denn nicht nur die deutsche Öffentlichkeit verband mit dem Marshallplan die Vorstellung von amerikanischem Technologietransfer, von neuen Maschinen, Fahrzeugen und Anlagen. Auch die Nachfrage nach gewerblichen Erzeugnissen im Konsumsektor überstieg nach der Währungsreform bei weitem das kurzfristig mögliche Angebot, so daß sich die Hoffnungen des Publikums, aber auch der Wirtschaftsverwaltung auf den Marshallplan richteten. Noch im März 1949 fiel es aber der deutschen Marshallplan-Verwaltung schwer, typische „Marshallplan-Güter“ zu benennen. Selbst Textilien — so räumte der Berater für den Marshallplan in einem Rundfunkinterview ein — fielen nicht generell unter diese Kategorie, weil sie bei weitem nicht nur aus eingeführter Baumwolle produziert würden<sup>16)</sup>. Freilich hatte Westdeutschland in diesem frühen Stadium des Wiederaufbaus nahezu für alles Verwendung, was dazu beitragen konnte, den noch immer stattlichen Produktionsapparat wieder in Gang zu setzen. Westdeutschland fehlte es gerade nicht an Maschinen und Anlagen, sondern vielmehr an den nötigen Rohstoffeinfuhren, um die brachliegende Produktionskapazität zu nutzen. Solche Rohstoffeinfuhren aus dem Dollarraum zu finan-

<sup>12)</sup> Aktennotiz über die interfraktionelle Besprechung (E. R. P.) am 7. September 1948 in Frankfurt/M., BA, Z 14/8.

<sup>13)</sup> NA, RG 286 (ECA) Countries, Germany, Asst. Administrator for Programs, Subj. files 1948—50, b. 19.

<sup>14)</sup> Der Vorsitzende des Verwaltungsrates des VWG, Dr. Hermann Pünder, am 31. Dezember 1948, in: BAnz, 2 (1949) 1, S. 1.

<sup>15)</sup> Zur Zusammensetzung der Hilfsgüter siehe Bundesminister für den Marshallplan, Wiederaufbau im Zeichen des Marshallplans 1948—1952, Bonn 1953, S. 156.

<sup>16)</sup> Am 3. März 1949, BA, Z 14/85.

zieren, mußte deshalb das zentrale Anliegen des Marshallplans sein — doch gerade sie hielten sich in engen Grenzen.

In Relation zur Gesamteinfuhr Westdeutschlands machten die ERP-Lieferungen im vierten Quartal 1949 aber immerhin 16 v. H. aus (einschließlich GARIOA: 37 v. H.), 1950 11 v. H. (18 v. H.), 1951 12 v. H. und 1952 noch 3 v. H.<sup>17)</sup>. Tatsächlich ist die Marshallplanhilfe angesichts der Passivität der deutschen Handelsbeziehungen mit dem Dollarraum in diesen Jahren von großem zahlungsbilanzpolitischen Wert — mehr noch als es die Größenordnung ihres Anteils am deutschen Außenhandel nahelegt.

In der Praxis rissen sich die deutschen Importeure jedoch keineswegs um die zumeist von der amerikanischen Marshallplan-Verwaltung (ECA) zentral beschafften Waren. Im Gegenteil: Marshallplangüter waren oft nur mit Mühe bei den Importeuren unterzubringen. Die Vergütungen für die ECA-Kontingente tendierten beim geltenden 30 Cent-Kurs dazu, über dem Weltmarktpreis zu liegen. Hinzu kam, daß die erste Welle der Lieferungen in eine Zeit der relativen Flaute des westdeutschen Binnenmarktes fiel. Ende 1948 halbierte sich das Wachstumstempo, fielen die Preise und stieg die Arbeitslosigkeit drastisch an. Im Frühjahr 1949 häuften sich deshalb die Meldungen über unausgenutzte ECA-Kontingente und Schwierigkeiten der Importeure, Marshallplangüter aufzunehmen<sup>18)</sup>. Offensichtlich kam die Einfuhr von Rohgummi und Reifen ins Stocken. Aber auch die Lederindustrie wies ein Überschußangebot von 9 000 t auf. Die Eisen- und Stahlindustrie beklagte „bestehende Absatzstockungen“, die es erschwerten, „die an sich zugelassene Erhöhung der Jahresproduktion auf 11 Mio. t zu verantworten“<sup>19)</sup>. Bei pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten gab es einen Lagerbestand von 85 000 t, „der mit 25—30% zu teuer bezahlt“ worden sei. Lediglich die Textilindustrie sah die Lage „unter dem Gesichtspunkt der Aufnahmemöglichkeit der ECA-Kontingente noch relativ günstig“. Aber auch hier stieß die Auflage von ECA, 22,5 v. H. der Importe in low-grades Baumwolle zu übernehmen, auf zunehmende Ablehnung. Die geringwertige Baumwollsorte war vor dem Krieg nur in sehr kleinen Mengen verarbeitet worden, und es fehlte der deutschen Textilindustrie an geeigneten Maschinen und Spindeln, so daß nur sehr grobe Garne hergestellt werden konnten, für die kein Absatz vorhanden war.

17) Bundesminister, Wiederaufbau (Anm. 15), S. 24.

18) So z. B. in der Allgemeinen Zeitung Nr. 124 vom 31. Mai 1949: „Unausgenutzte Marshall-Gelder. Rund 250 Millionen Dollar unausgenutzt“.

19) Alle Beispiele aus: Vermerk zur Frage der Ausnutzung der ECA-Hilfe, Referat Marshallplan, Frankfurt/M., den 16. Mai 1949, BA, Z 14/17.

Die Bank deutscher Länder — von Ludwig Erhard zu größerem Engagement aufgerufen, damit nicht Teile der ECA-Hilfe verfielen — sah sich außerstande zu helfen, „soweit — etwa aus Gründen des Preisrisikos oder von Absatzstockungen usw. — Importkontrakte nicht zustande gekommen“ seien<sup>20)</sup>. Während sich Erhard entschieden gegen „Maßnahmen“ aussprach, „die planwirtschaftlichen Charakter oder den Anschein eines solchen hätten“, regelte seine Wirtschaftsverwaltung das Problem auf bewährte Weise. Sie regte eine Initiative der betroffenen Wirtschaftszweige an, die dem ECA-Kontingent „freiwillig“ Priorität vor den B-Kontingenten, d. h. den durch das alliierte Außenhandelskontrollamt JEIA ebenfalls zentral veranlaßten gewerblichen Einfuhren verliehen und die Lasten des Marshallplans auf alle Beteiligten verteilen sollte.

Unter diesen Bedingungen wirkte sich der überproportionale Rückgang der *Dollarhilfe*, den Westdeutschland im Rahmen allgemeiner Kürzung des Programms und der *Wirtschaftshilfe* als Folge des innereuropäischen Zahlungs- und Kompensationsabkommens im zweiten Marshallplanjahr hinnehmen mußte, weniger stark aus, als es seinem Ausmaß entsprochen hätte<sup>21)</sup>. Er wurde wenigstens zum Teil dadurch kompensiert, daß seit Jahresende 1949 — beginnend mit der Nahrungsmitelefuh — die Beschaffung der Marshallplangüter nach und nach in deutsche Hände gelegt wurde. Nach wie vor war die Dollarhilfe von großer zahlungsbilanzpolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik, doch trat nun ihre volkswirtschaftliche Bedeutung immer weiter zurück. Aber auch im ersten Marshallplanjahr spielten die ERP-Lieferungen keine entscheidende Rolle bei der Ankurbelung der Wirtschaft in der Bizone/Trizone.

Auch wer in der Einschätzung ihrer Wirkungen nicht so weit gehen will wie General Clay, der in Wahrnehmung eigener Interessen betonte, daß er „was not so sure that ECA was a good buy; that ECA's point of view was not necessarily that which was best for Germany, . . . but for Germany it was only a luxury and only a temporary shot in the arm“<sup>22)</sup>, wird aber doch nüchtern feststellen müssen: Der Aufschwung im Herbst 1947 gelang ohne Auslandslieferungen; in der schwierigen Situation nach der Währungsreform waren sie noch nicht angekommen, und die erste und stärkste Welle der Hilfslieferungen fiel in die Zeit der Flaute des Jahres 1949.

20) Ebenda.

21) Siehe dazu Abelshäuser, Der Kleine Marshallplan (Anm. 4).

22) NA, RG 286 (ECA), Countries, Germany, Asst. Administrator for Programs, Subj. files 1948—50, b. 19.

#### IV.

Der Marshallplan war nicht die Initialzündung für den Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft; wohl aber hat dieselbe amerikanische Stabilisierungspolitik für Europa, die den Marshallplan hervorgebracht hat, am Anfang ihres Wiederaufstiegs gestanden.

Die Vereinigten Staaten konnten in Westdeutschland auf umfangreiche Ressourcen zurückgreifen, die den Krieg überdauert hatten, auf denen freilich aber die Hypothek deutscher Reparations-schuld lag. Hatte schon die Frankfurter Militärregierung von Anfang an aus Pragmatismus und Eigeninteresse dem restriktiven Wortlaut der offiziellen Besatzungspolitik eine konstruktive Wiederaufbaupraxis entgegengehalten, so rückte Westdeutschland 1947 vollends in den Mittelpunkt amerikanischer Stabilisierungsbemühungen für Westeuropa. Lange vor der Ankunft erster Hilfslieferungen aus dem Marshallplan gelang die Ankurbelung der westdeutschen Wirtschaft, ohne daß es dazu eines Netto-Zuflusses ausländischer Ressourcen bedurft hätte. Nicht einmal das Warenangebot in den kritischen Monaten nach der Währungsreform stammte aus Marshallplan-Lieferungen. Die Ankündigung der Hilfsleistungen hat aber dazu beigetragen, deutsche Rohstoff- und Warenvorräte zu mobilisieren und somit den inflationären Druck auf die neue Währung zu dämpfen. Dies mag in einigen Fällen — neben kreditpolitischen Eingriffen der Zentralbank — Erhards Marktwirtschaftskurs vor den Klippen der Preiskontrolle und der Produktionsplanung bewahrt haben. Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens stand der Marshallplan damit aber weder in der Zeit der wirtschaftlichen Ankurbelung vor der Währungsreform noch in der schwierigen Phase der Einführung der Marktwirtschaft danach.

Die Vorstellung, die wirtschaftliche Erholung Westdeutschlands sei das Ergebnis materiellen Ressourcentransfers aus den USA gewesen, bestach durch ihre Einfachheit und Plausibilität die Zeitgenossen und gehörte seitdem zum festen Bestand zeitgeschichtlicher Schulweisheit. Sie hat mit dazu beigetragen, das westdeutsche Beispiel — indem seine Gültigkeit verallgemeinert wurde — zur Grundlage einer entwicklungspolitischen Weltanschauung zu machen, die in den fünfziger und sechziger Jahren das Verhältnis der Industrieländer zur Dritten Welt geprägt hat. Gerade diese Vorstellung läßt sich aber im Lichte der historischen Forschung nicht aufrechterhalten. Westdeutschland war nicht unterentwickelt; es brachte im Gegenteil gute materielle Voraussetzungen mit, um in der Nachkriegszeit wirtschaftlich zu reüssieren. Eine Automatik des Wiederaufstiegs und des Wirtschaftswachstums war dadurch aber nicht gegeben. Dazu bedurfte es — wie uns das

Beispiel der Weimarer Republik ex negativo lehrt — günstiger politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, um gegebene wirtschaftliche Möglichkeiten auch zu realisieren. Hier, in den besatzungspolitischen und internationalen Rahmenbedingungen des Wiederaufstiegs, liegt die zentrale Bedeutung des amerikanischen Wiederaufbauprogramms für Europa. In diesem Sinne stand der Marshallplan tatsächlich am Beginn des Wiederaufstiegs der westdeutschen Wirtschaft.

Er hat die Hypothek abgelöst, die seit den Tagen von Potsdam auf Deutschlands Wirtschaftspotential lag, indem er Forderungen der Reparationsgläubiger kompensierte und dadurch Westdeutschland schrittweise die Verfügung über die *eigenen* Ressourcen zurückgab. Der Marshallplan hat der Weststaatsgründung den Weg geebnet, indem er es Frankreich erleichterte, seine Zone als Besatzungsf Faustpfand aufzugeben und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen<sup>23</sup>).

Der Marshallplan hat auch Formen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ins Leben gerufen und handelspolitische Regeln aufgestellt, welche die internationale Rehabilitation der Bundesrepublik erleichtert haben und schon auf mittlere Frist die Rückkehr Westdeutschlands in den Weltmarkt möglich machte. Die Vorreiterrolle, die die Bundesrepublik bei der Herstellung eines multilateralen und liberalen Systems des Welthandels im Rahmen des Marshallplans zu übernehmen hatte, war auf kurze Frist gesehen nicht ohne Härten und wäre ohne den Druck der OEEC und ohne die Rückendeckung des ERP weder aus eigener Zielsetzung übernommen noch so erfolgreich durchgehalten worden. Am Ende stand eine Weltwirtschaftsordnung, die für Jahrzehnte den Interessen der westdeutschen Industrie weit entgegenkam und zu ihrem Wiederaufstieg maßgeblich beitrug.

Der Marshallplan war auch für die Herausbildung der neuen westdeutschen Wirtschaftsordnung nicht ohne Bedeutung. Er hat die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in die Wirtschaftspolitik gefördert, gleichzeitig aber ihre pragmatische Komponente gestärkt — auch wenn dies korporative Traditionen der deutschen Wirtschaftspolitik wiederbeleben sollte<sup>24</sup>). Der „in-

<sup>23</sup>) Siehe dazu W. Abelshäuser, *Wirtschaft und Besatzungspolitik in der französischen Zone 1945—1949*, in: *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945—1949*, hrsgg. v. C. Scharf und H.-J. Schröder, Wiesbaden 1983, S. 111—140.

<sup>24</sup>) Siehe dazu W. Abelshäuser, *Ansätze „korporativer Marktwirtschaft“ in der Korea-Krise der frühen fünfziger Jahre* (mit Dokumentation), in: *VfZ*, 30 (1982), S. 715—756.

nerer Marshallplan“, d.h. der aus den deutschen Gegenwerten der Hilfsgüter stammende DM-Fonds, wurde gezielt zur Finanzierung der im Schatten der Marktwirtschaft liegenden Produktionsgüterindustrie eingesetzt und übernahm als schmaler, quasi exterritorialer Planwirtschaftssektor innerhalb des neo-liberalen Experiments Ludwig Erhards die Funktion einer lenkbaren Einsatzreserve zur Korrektur von Kapitalfehlentwicklungen des Marktes.

Der Marshallplan traf also in Westdeutschland auf besondere Bedingungen, die seinem Einsatz in vielfältiger Weise zum Erfolg verhelfen, doch lagen seine Wirkungswege gerade nicht dort, wo sie die meisten Schulbuchautoren vermuten. Seine Behandlung im Geschichtsunterricht bietet Stoff

für die Analyse des Weltwirtschaftssystems der westlichen Welt, das nach 1944 (Bretton Woods) entstanden ist, mit dem Marshallplan konkrete Gestalt annahm und — wenn auch vielfach modifiziert — noch heute Bedeutung hat. Entstehung und Praxis des ERP liefern auch Anschauungsmaterial zum Verhältnis der Vereinigten Staaten zum Europa der Nachkriegszeit und damit für die Grundlegung einer dauerhaften politischen Allianz. Der Marshallplan kann sogar als Beispiel für die Geschichtsmächtigkeit von Mythen dienen, deren Zustandekommen im Zeitalter weltumspannender Medientechnik eher erleichtert denn erschwert wird. Er taugt aber nicht als Entwicklungsmodell, das von seiner konkreten historischen Ausgangslage getrennt und auf Probleme der Dritten Welt übertragbar ist.

# Sozialökonomische Weichenstellungen: Sozialisierung und Mitbestimmung

## I.

Es ist schon einigermaßen erstaunlich, daß ein Geschichtsbuch, das unter dem Titel „Politik und Gesellschaft“ Verbreitung findet, es bisher versäumt hat, den sozialökonomischen Strukturfragen der unmittelbaren Nachkriegszeit bis hin zur Gründung der Bundesrepublik einige Aufmerksamkeit zu widmen. Das ist insofern erstaunlich, weil die Frage künftiger sozialökonomischer Struktur ein durchaus intensiv diskutierter Gegenstand alliierter und deutscher Politik gleichermaßen gewesen ist, und weil Historiker und Politikwissenschaftler diesen Bereich spätestens seit 1975 thematisiert haben, unter ihnen Lutz Niethammer mit dem höchst einprägsamen Titel „Strukturreform und Wachstumspakt“<sup>1)</sup>.

Daher sei im folgenden auf einige wesentliche Themen hingewiesen, die in die Geschichtsbücher Eingang finden müßten. Gewiß, es mag so sein, daß die Alltäglichkeit der Mangelexistenz in den einzelnen Besatzungszonen zu einer Fixierung der Bevölkerung auf die Nöte des Alltags geführt hat und daß auf diesem Hintergrund der Not eine breite Reflexion behindert worden oder bestenfalls ein diffuses politisches Bild über die eigene Vergangenheit oder über die Besatzungsmächte entwickelt worden ist<sup>2)</sup>, aber es gab doch recht früh auch eine politische Neu- und Wiederbelebung, in der die Niederlage und die militärische Besetzung als Befreiung von einem terroristischen Regime begriffen und aus der Erfahrung mit diesem Regime Vorstellungen über die Möglichkeiten eines Neuanfangs entwickelt wurden. Neues wurde vor allem dort konzipiert, wo man das Leiden der Vergangenheit als Unterlegenheit gegenüber allen Formen der repressiven Gewalt erlebt hatte und wo zuvor politischer Wille und politisches Leben immer wach gewesen waren. Nachdenken über Vergangenes, über Ursachen und Wirkung, entwickelte sich auf einem recht hohen Reflexionsniveau vor allem in jenen Kreisen, die in Emigration oder Widerstand, im Zuchthaus oder im Lager die Alltäglichkeit der Gewalt erfah-

ren hatten. Hier setzte Reflexion ein, Nachdenken über die Fehlerhaftigkeit des eigenen Verhaltens, Überlegungen vor allem über die Vermeidbarkeit von Wiederholungen. Es ist wohl nicht zu übersehen, daß die Zerstörung der alten politischen Existenz diese Reflexion angefacht hat — nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Wenige Zeiten hat es gegeben, in denen in solcher Intensität und in solcher Vielfalt über das Vergangene und zugleich — folgerichtig — über das neu zu Gestaltende nachgedacht worden ist.

Nach Veränderungen wurde verlangt, entsprechende Konzeptionen entwickelt. Sie enthielten zuweilen nur leichte Korrekturen des Vorvergangenen, manchmal grundsätzliche Reform der politischen und sozialen Struktur. Grundsätzlichkeit meint hier Wandel bei den Eigentums- und wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen. Träger solcher Gedanken waren Parteien und Gewerkschaften gleichermaßen. Und wenn von Parteien die Rede ist, dann sind Sozialdemokraten und — für die ganz frühe Phase — die Christdemokraten angesprochen. Es ist einfach festzuhalten, daß die Potsdamer Vereinbarung der Siegermächte, in der von der Wiedezulassung demokratischer politischer Parteien, vom Versammlungs- und Diskussionsrecht die Rede war, für die auf gesellschaftliche Neuerung zielenden Politiker letztlich nur eine Äußerlichkeit gegenüber dem eigentlichen Erfordernis der Zeit enthielt — eine Antwort auf die Frage nach zukünftigen Gesellschaftsstrukturen zu finden. Dabei haben sich die beiden Parteien nicht darauf beschränkt, den großen gesellschaftspolitischen Wandel im Eigentums- und wirtschaftlichen Entscheidungsbereich zu fordern, sondern zugleich versucht, ihre Organisationen und damit ihr Programm auf eine breitere Basis zu stellen. Das ist besonders auffällig für die Sozialdemokratie, deren Forderung lautete: Sozialisierung der Großindustrie, Planung und Steuerung der Konkurrenzwirtschaft sowie schließlich Demokratisierung der die Wirtschaftsführung repräsentierenden Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Es ist festzustellen, daß denkerisch der Ansatz unternommen wurde, das Image einer Klassen- oder Weltanschauungspartei abzustreifen, sich der Restriktionen des Klasseninteresses zu entledigen.

<sup>1)</sup> In: H. O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 303—358.

<sup>2)</sup> Zur „Mangelexistenz“ und ihren Konsequenzen s. im Überblick Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945—1955, Göttingen 1982, S. 37—65.

Das hieß nun nicht Preisgabe des Sozialismus allgemein, sondern bedeutete den Versuch, die Rezeptionsfähigkeit ideologisch und damit personell zu erweitern. Was die Sozialdemokratie unmittelbar nach 1945 vortrug, war nicht neu. Ihr Vordenker Rudolf Hilferding hatte schon im ersten Jahr des Hitler-Regimes Überlegungen angestellt, in denen auf die Bedeutung des Mittelstandes und der Bauern für die Partei hingewiesen wurde, wengleich das zu jener Zeit noch mit einiger Skepsis verbunden gewesen war. 1942 legte der Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow in Stockholm einen Plan vor, der die Gründung einer sozialistischen Volkspartei enthielt, in dem enge Bindung an bürgerliche Kreise vorgesehen war. Und die SOPADE hat ebenso die Angestellten, den Mittelstand, die Landbevölkerung, die Intelligenz in ihre Überlegungen einbezogen. Es hieß dann auch in einem der damals so zahlreich produzierten Papiere: „Die neue Sozialdemokratie muß eine breite Volksbewegung sein. Sie muß ihre Tore weit aufmachen für Menschen aus allen Schichten.“

Kurt Schumacher, der erste Parteiführer der Sozialdemokratie nach 1945, hat diese politische Konzeption übernommen. Er hat sich auch im Zuge der neuen Überlegungen an eine politische Klassenanalyse begeben. Gewiß, die Anschauung der Gesellschaft als einer Klassengesellschaft wurde nicht preisgegeben, doch entfiel die Rigorosität, die in der schlichten Einteilung von Kapital und Arbeit lag. Schumacher vollzog eine Differenzierung und Grenzverschiebung zugleich, in der der eigentliche Klassengegner auf Großkapital und Großgrundbesitz reduziert wurde, die sozialdemokratische Basis sich um den in der Weimarer Periode vom Großkapital verführten Mittelstand erweiterte. Die Forderung, daß das Bündnis der Arbeiterschaft mit allen Schichten außerhalb des Großkapitals und Großbesitzes die eigentliche Basis für Deutschlands demokratischen Neubeginn werden sollte, hieß zugleich, die Klasse durch die „Front der Schaffenden“ ersetzen und darüber hinaus den Klassenkampf zu einem Privileg des Großkapitals, zu einem Klassenkampf von oben hochzustilisieren. Gerade in jenem letzten Punkt zeigte sich, wie sehr Schumacher sich mit der neuen Partei auf die Ebene der Konkurrenzdemokratie, heraus aus dem sozialistischen Turm, begeben wollte. Nicht mehr Klasse des Proletariats, sondern Klasse der Besitzlosen und Geschädigten des Krieges hieß die Parole. Hans-Peter Schwarz hat richtig darauf hingewiesen, daß wir es hier mit einem Wandel vom universalgeschichtlichen Aspekt des Karl Marx zum zeitgeschichtlichen Aspekt des Kurt Schumacher zu tun haben. Es ist wohl nicht abwegig zu behaupten, daß hier eine neue Basis für künftige politische Kultur gefunden, die Spielregeln für ein neues, eher auf Einsicht und Harmonie denn auf

Konfrontation durch Abschirmung angelegtes Demokratieverständnis festgeschrieben werden sollte. Die von Schumacher auf der sozialdemokratischen Konferenz in Wennigsen vorgeschlagene Sozialisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige fügte sich durchaus in die politische Konzeption von der breiten Volkspartei, da sie vor allem auch politisch begriffen war, als Mittel nämlich, die politische Gewalt des Großkapitals abzubauen, nicht so sehr als Instrument, um die dem Kapitalismus inhärenten Krisenfolgen der Wirtschaft aufzufangen<sup>3)</sup>.

Dieses Element der Sicherstellung von Pluralismus und parlamentarischer Demokratie durch Kontrolle über mögliche kapitalistische Extremformen enthält ein hohes Maß an Parallelität zu den frühen christdemokratischen Intentionen. Die Christdemokraten der ersten Stunde setzten sich freilich eine zweifache Grenzüberschreitung zum Ziel: zum einen die parteipolitische Union der Konfessionen, zum anderen die soziale Union im Sinne einer Volksbewegung — und damit griff sie das sehr alte Problem einer konfessionsgebundenen, sozial in der Mitglied- und Wählerschaft sehr heterogen strukturierten Partei auf. Es war für den Neuordnungsdrang im sozialökonomischen Bereich schon sehr aufschlußreich, daß im Rahmen der Auseinandersetzungen um das Für und Wider einer interkonfessionellen Partei das Argument laut wurde, daß man von bestimmten protestantischen Kreisen sicherlich kaum ein auf soziale Neuordnung gerichtetes Bewußtsein erwarten dürfe.

Für die frühe Gründungsphase ist nicht zu übersehen, daß die Verbindung einer im Dominikanerkloster Walberberg erarbeiteten christlichen Diagnose der Zeit mit den christlichen Gewerkschaftsideen oder den Vorstellungen der katholischen Arbeiterbewegung das Bild bestimmt haben. Diese Verbindung beruhte auf einer be-

<sup>3)</sup> Zur Sozialdemokratie und hier vor allem auch zur Rolle Schumachers s. K. Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin-Bonn 1982; in unserem Zusammenhang das I. Kapitel. Auf die Angabe älterer Literatur wird hier verzichtet. Zur Frage sozialdemokratischer Konzeptionen, soweit sie in der Emigration entwickelt wurden, s. W. Röder, *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940—1945*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung (B. Historisch-politische Schriften), Hannover 1968, u. K. Misgeld, *Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten in Stockholm“ 1942—1945*. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 126, Bonn-Bad Godesberg 1976. Zu R. Hilferding vgl. H. Lademacher, *Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934)*, in: *Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung*, hrsg. v. W. Huber u. J. Schwerdtfeger. Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 32, S. 404—460.



stimmten Ausdeutung der Enzykliken *Rerum Novarum* von 1891 und *Quadragesimo Anno* von 1931. Es ging im Prinzip um die neu zu schaffende Stellung der Lohnarbeiter. Es hieß dort: „Die gesamten Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse werden eine Gestaltung erfahren, die das Wohl der arbeitenden Menschen klar und fest in den Vordergrund stellt, nicht aber den erstrebten Gewinn oder die bloße Ergiebigkeit des Unternehmens.“ Solcherlei Ansicht schreckte auch nicht vor einer Neuordnung im Eigentumsbereich und staatlichen Eingriffen zurück. Es sollte durchaus Besitzumschichtung erfolgen, wie auch Wirtschaftsplanung auf dem Programm stand. Und dort, wo Besitzumschichtung stattfand, war sie entschädigungslos vorzunehmen. Der Dominikanerpater Welty schrieb, es sei „ein Grundirrtum der individualistischen Wirtschaft, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen ... Die Wettbewerbsfreiheit ... kann ... unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein.“

Es hat um solche Ausgangspunkte des Denkens harte Auseinandersetzungen gerade auch im Kölner und im westfälischen Gründerkreis gegeben, und letztlich war ihnen auch kein allzu langes Leben beschieden; festzuhalten bleibt jedoch, daß die sogenannten Kölner Leitsätze einiges von diesen gesellschaftspolitischen Forderungen nach Sozialisierung bzw. nach Überführung von Industriesektoren in Gemeineigentum in programmatische Losungen umgesetzt haben. Was hier im Westen, am Rhein, konzipiert wurde, enthielt noch eine viel stärkere Bestätigung bei den hessischen Christdemokraten, wo zunächst ehemalige Zentrumsleute die eigene Partei mit der Sozialdemokratie zu einer Art Labour Party zusammenführen wollten, wie das auch Carl Spiecker in Nordrhein-Westfalen vorgehabt hatte. Das blieb zwar Episode, aber die sogenannten Frankfurter Leitsätze sprachen sich noch dezidierter als die Kölner im Sinne einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Neuordnung aus. Da waren wirtschaftlicher Sozialismus auf demokratischer Grundlage, planvolle Wirtschaftslenkung und darüber hinaus betriebliche Mitbestimmung ganz konkret gefordert. Und es waren gerade die Frankfurter, die die neue Partei so weit wie möglich auch für Nichtchristen öffnen wollten. Ende 1945 enthielt das Programm der hessischen Christdemokraten eine Zusammenfassung der Frankfurter Leitsätze mit Sozialisierung der großen Schlüsselindustrien, Planwirtschaft und Mitbestimmung.

Ein Vergleich solcher Gedankengänge mit den frühen politischen Richtlinien Schumachers läßt kaum noch einen Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und frühen christdemokratischen Gründerkreisen erkennen. Die CDU wollte da

keine Besitzbürgerpartei sein. Diese Rolle war in jener Phase eher den Liberalen vorbehalten. Ein Vergleich lehrt darüber hinaus, daß bei beiden Parteien der volksparteiliche Gedanke eine Chance erhalten sollte. Während die Sozialdemokraten versuchten, über ihre Stammwählerschaft hinaus den Mittelstand einzubeziehen, und sich damit eine höchst schwierige Aufgabe stellten, um ihre Neuordnungsvorstellungen auf eine breite Basis zu stellen, strebten die Christdemokraten der ersten Stunde nach einer stärkeren Verankerung bei der Arbeiterschaft. Der eigentliche Unterschied zwischen beiden Parteien bestand in jener frühen Phase lediglich im christlichen Bekenntnis, das gleichzeitig Quelle und Rechtfertigungsgrund der neuen Ordnung abgab. Das heißt auch, daß der christliche Impetus hier von einer ganz bestimmten Stringenz sein sollte, wie sie Walter Dirks verlangte, wenn er auf folgendes Problem hinwies: „... Die Union soll ... sammeln, aber nicht alle Christen schlechthin unbesehen, sondern nur alle diejenigen Christen, die das Gesetz der Epoche, den europäischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung, und die politische Sendung der Christen begriffen haben.“ In der Programmatik der sozialökonomischen Neuordnung, wie sie die politisch organisierten Christen der ersten Stunde vortrugen, lag somit auch eine ideelle Begrenzung der Aufnahmekapazität. Wo also das Werben um Breite zugleich eine Abkehr vom Programm enthielt, war das eigentliche Ziel verfehlt<sup>4)</sup>.

Es ist hier im einzelnen nicht zu fragen, warum in christdemokratischen Kreisen solche Intentionen ein so frühes Ableben erfuhren oder zumindest der Kreis ihrer Verfechter schmolz oder in die Minderheit geriet. Wichtiger ist vielmehr die Frage nach dem Handlungsspielraum jener Politiker oder Gewerkschafter, die sich auch fürderhin auf die Durchsetzung von Sozialisierung und Mitbestimmung als den wesentlichen Faktoren einer Neuordnung in einem künftigen Deutschland kaprizierten. Die Frage nach dem Handlungsspielraum zielt vor allem auf die Rolle der Besatzungsmächte, die es sich vorbehielten, den politischen und sozialökonomischen Freiraum deutscher Politiker der frühen Phase festzulegen, und die es sich auch angelegen sein ließen, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Gewiß, es stand den neugebildeten Parteien und Gewerkschaften allemal

<sup>4)</sup> Zur Christlich-Demokratischen Union ist gerade für die frühe Entwicklung heranzuziehen A. R. L. Gurland, *Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953*, hrsg. v. D. Emig, Frankfurt 1980; hinzuzufügen sind die beiden Arbeiten des Mitbegründers Leo Schwing, *Vorgeschichte und Entstehung der CDU*, Köln 1952, und: *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963. Die Walberberg-Zitate bei Gurland, S. 102 und 106. Zur Haltung von W. Dirks s. dessen Aufsatz „Die Zweite Republik“, in: *Frankfurter Hefte*, (1946) 1, S. 12—24, hier S. 17.

frei, eine Reihe von Konzeptionen und Gegenkonzeptionen zu entwickeln, sie zu diskutieren und sie schließlich auch in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Umsetzung freilich der doch nur politischen Diskussion über gesellschaftliche Strukturfragen in eine ganz konkrete Neuordnungspolitik war dann ein besatzungspolitisches Problem, da die alliierten Siegermächte in erster Linie — gleichsam selbst verordnet — für den strukturellen Gehalt des Wiederaufbaus verantwortlich zeichneten und ihrerseits durchaus ganz bestimmte ordnungspolitische Vorstellungen mitbrachten. Das enthielt sicher schon sattem Konfliktpotential für Auseinandersetzungen zwischen den Alliierten einerseits und den Deutschen und Alliierten andererseits, wobei die Deutschen von vornherein und immer dann den schwächeren Part innehatten, wenn ihre Vorstellungen quer zur Konzeption der stärksten Besatzungsmacht standen. Wichtig war darüber hinaus, daß Deutschlandpolitik in den Westzonen nicht etwa als Politik in einem nach außen abgeschlossenen Bereich, lediglich als Maßnahme gegen einen geschlagenen Kriegsgegner betrieben wurde, sondern immer auch begriffen war als eine Politik im Ost-West-Konflikt. Das konnte für sozialökonomische Strukturveränderungen dann von Bedeutung werden, wenn solche Änderungen sich in die Nähe von Maßnahmen des Konfliktgegners rückten ließen, die als adäquat dem System der Unfreiheit plakatiert wurden.

Wenngleich Sozialdemokraten und Gewerkschafter spätestens 1947/48 — übrigens schon zuvor 1920 — erfahren haben, daß es offensichtlich nicht nur politisch, sondern auch von der konkreten Ausgestaltung her schwierig war<sup>5)</sup>, Sozialisierungsvorhaben umzusetzen, so haben beide Gruppierungen doch weit über die ersten Nachkriegsjahre hinaus bis in die Zeit der Bundesrepublik hinein Sozialisierung und Mitbestimmung für die wesentlichen Pfeiler sozialökonomischer Strukturveränderung gehalten. Was sagte doch Hans Böckler auf dem ersten Kongreß der Gewerkschaften seiner Zone?: „Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen ... Wir haben nicht mehr den alten Klassengegner uns gegenüber ... Welches Wirtschaftssystem erhalten wir? Verstaatlichung auf der ganzen Linie oder ausschlaggebend genossenschaftliche Betriebsformen.“<sup>6)</sup> Vor allem Berg- und Stahlarbeiter haben diese Forderung niemals von ihrer Tagesordnung gestrichen. Der Ruf nach Mitbestimmung, die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung gleichermaßen

<sup>5)</sup> Vgl. dazu H. P. Ehni, Sozialistische Neubauforderung und Proklamation des „Dritten Weges“. Richtungen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik 1945—1947, in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII, S. 131—190.

<sup>6)</sup> Zitat angeführt bei E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945—1952, Frankfurt 1971<sup>2)</sup>, S. 68.

meinte und durchaus schon auf eine lange Geschichte zurückschauen konnte, erhielt unmittelbar nach 1945 im gleichen Maße wie die Forderung nach Sozialisierung einen über die historische Traditionalität hinausgehenden politischen Zug, der aus der Erfahrung des Hitler-Regimes schöpfte. So galten eben die Unternehmer als disqualifizierte Klasse, insofern sie sich als Steigbügelhalter des Nazismus, Feinde der Demokratie und imperialistische Kriegstreiber bezeugt hatten. Es war erforderlich, daß auch die Arbeiter in den Aufsichtsräten Patz nahmen, um Wiederholungen zu vermeiden. Diesem politisch motivierten Anspruch fügten die Gewerkschaftler die Erfordernisse der miserablen Versorgungslage hinzu. Sie hielten gerade unter diesem Aspekt der Mangel-lage eine Mitsprache der Gewerkschaften im Produktions- und Distributionssektor für unerlässlich<sup>7)</sup>.

Die Verfechter einer Sozialisierung hatten nun, wenn sie in der britischen Besatzungszone wohnten, durchaus Grund, sich günstige Perspektiven auszurechnen, als im Juli 1945 die Regierung Churchill abgewählt wurde und die Regierung Attlee an ihre Stelle trat. Denn noch im Dezember 1944 hatte sich die Labour Party in Programm und Manifest dafür ausgesprochen, daß Sozialismus national und international einzuführen war. Die Ziele lauteten: Schutz vor und Garantie gegen Krieg, Schutz gegen Niederlagen, Kampf der Arbeitslosigkeit, der Armut und den anderen Formen wirtschaftlicher Not, Kampf gegen Faschismus und ähnliche Arten politischer Unterdrückung. Das endete mit dem Schlußsatz: „To each of these aims socialism is a fundamental necessity.“ Für den spezifisch wirtschaftspolitischen Bereich trat der im Labour-Denken stark entwickelte Effizienzgesichtspunkt hinzu, nach dem optimale Nutzung und Rentabilität wirtschaftlicher Kapazitäten in einer sozialisierten Industrie am ehesten garantiert erschienen.

Sicherlich ist die Formelhaftigkeit der allgemeinen Zielsetzung nicht zu übersehen, aber festzuhalten bleibt auch, daß sich die Briten im Kriegs- und Nachkriegsdeutschland nach eigenem Verständnis einer Symbiose von Kapitalismus und aggressivem Nationalismus gegenüber zu sehen glaubten, den Abbau des Aggressionspotentials sich zur Aufgabe machten und einen politisch und wirtschaftlich sinnvollen Neuaufbau in Angriff nehmen wollten. Das heißt auch: Wenn irgendwo die Formeln von Sicherheit und wirtschaftlicher Effizienz ihren Sinn oder Anwendungsbereich hatten, dann sicher im besetzten Deutschland. Mentale Prädispositionen durften bei Labour-Leuten also sehr wohl vermutet werden, zumal

<sup>7)</sup> Dazu NA Washington, RG 84. Murphy. Synopsis von L. A. Wiesner, Political Aspects of Trade Unions in the U.S. Zone of Germany, June—July 1946.

sozialökonomische Strukturveränderungen zum immer wieder neu wiederholten Repertoire der europäischen Linken zählten. Für deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschaftler war somit Hoffnung am Platze und nicht Konflikt vorprogrammiert — bei allem Pragmatismus von Labour-Leuten —, gab es doch eine deutliche Übereinstimmung, wenn von einer nachweislichen Interessenidentität von Schwerindustrie und faschistischem Machtapparat die Rede war. Und sicher zeugt auch Bevins positive Reaktion auf die Sozialisierungsforderungen der deutschen Bergarbeiter im Herbst 1945 von einer gleichsam intimen Übereinstimmung zwischen deutschen und britischen Arbeitervertretern.

Gerade in diesem Arbeitsfeld — Wandel der Eigentumsordnung im Montan- und Chemiebereich also — scheinen durch weitgehende Konvergenz der Denkvoraussetzungen Bedingungen vorgelegen zu haben, die das Verhältnis von Besatzungsmacht und besetztem Land, verstanden als Beziehung des Befehls- und Auftragsempfangers, zugunsten einer Koalition und Partizipation hätten durchbrechen können. Die britische Besatzungsmacht hat tatsächlich diesen Weg beschritten; von ihr ging im Zusammenspiel mit dem Foreign Office die Initiative zur Sozialisierung der Schwerindustrie und des Bergbaus aus. Das ist hier nicht im einzelnen darzustellen. Festzuhalten bleibt, daß die britischen Besatzungsbehörden und ihre Londoner Instanzen kein großes ideologisch verbrämtes Brimborium veranstalteten, aber dafür auf eine Reihe von Schwierigkeiten stießen, die die ganze Problematik einer Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in diesem Wirtschaftssektor und unter den gegebenen Umständen aufweisen. Davon ist hier einiges zu nennen, einfach um klarzumachen, welchen Schwierigkeiten sich „gesellschaftspolitische Weichenstellungen“ gegenüber sahen. Völlig unbestritten blieb bei allen britischen Instanzen der Gedanke von der hohen Effizienz einer sozialisierten Industrie — eine Effizienz, die sich für die Briten aus der Organisationsform schlechthin ergab, und weil zu vermuten stand, daß sich die Leistungsbereitschaft der Arbeiter an Rhein und Ruhr verstärken werde, wenn man eben nicht mehr als einfacher Lohnabhängiger, sondern als Eigentümer ans Werk gehe.

Komplizierter gestaltete sich schon das mit der Sozialisierung verbundene Sicherheitsdenken. Da mochte zwar anerkanntermaßen in der Sozialisierung an sich ein Sicherheitswert liegen, frühe Überlegungen jedoch, die wirtschaftlichen Kompetenzen für eine sozialisierte Wirtschaft in die Hand einer einzigen Zentralregierung zu legen, verfielen der Ablehnung angesichts des nun einmal augenfälligen Aggressionscharakters der Deutschen. Das heißt, die allgemeine These von Sicherheit durch die Sozialisierung wirtschaftlicher Machtpositionen wurde für den Fall Deutschland

im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit unterlaufen. Für Deutschland hieß Zentralisierung wirtschaftlicher Macht offensichtlich auch Zentralisierung politischer Macht und damit Erhöhung der Aggressionsgefahren. Das verbot sich in Deutschland auch darum, weil die Gefahr drohte, daß Kommunisten einmal die Zentrale beherrschen würden. Eine Regelung auf zentraler Ebene dagegen widersprach dem Effizienzdenken, da die Zone nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugeschnitten war. Blieb also die Länderlösung, die am ehesten auch dem aus sicherheitspolitischen Erwägungen angestrebten föderativen Aufbau entsprach. Die Konzentration hier auf das Land Nordrhein-Westfalen diente schließlich dazu, eine feste sozialdemokratische Basis in einer Region zu schaffen, in der die Sowjetunion immer noch ein Mitspracherecht haben wollte.

Es ist von Anfang an die Absicht der britischen Politiker gewesen, die Sozialisierung in Zusammenarbeit mit den deutschen Politikern durchzuführen. So kam es auch seit Januar 1947 zu intensiv geführten Gesprächen mit Vertretern der Sozialdemokratie und der Christlich-Demokratischen Union, Gespräche, bei denen auch Adenauer hinzugezogen wurde. Die Gesprächsergebnisse deuten darauf hin, daß es zu einer gelungenen Kooperation kommen konnte, wobei den Deutschen immer mehr die Initiative zugeschoben werden sollte. Aber da waren noch andere Dinge zu klären, etwa die Frage der Entschädigung für ausländische Kapitalbeteiligungen in der Rhein-Ruhr-Industrie. Sowohl die zur Auflistung der Beteiligungen aufgeforderten Benelux-Länder als auch Frankreich ließen recht lange auf eine Antwort warten. Dies alles bedeutete eine erhebliche Verzögerung, die sich gleichsam in einen abschlägigen Bescheid umwandelte, als die Amerikaner aktiv wurden. Es ist einfach festzuhalten, daß die Sozialisierungsvorhaben der Briten und der Deutschen am amerikanischen Einspruch scheiterten. Die amerikanische Opposition kam nicht unerwartet, und sie nahm an Gewicht und Bedeutung in dem Maße zu, in dem sich die britische finanzielle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten manifestierte. Mit der Verkündung des Marshall-Plans im Juni 1947 und mit der Washingtoner Kohlenkonferenz vom August eben jenes Jahres traten marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien und der damit verbundene Glaube an die Effizienz privatwirtschaftlichen Managements den Sozialisierungsbestrebungen entgegen. Wenn man noch dazu weiß, daß sich jetzt auch deutliches amerikanisches Erwerbs- und Investitionsinteresse an der Ruhrindustrie offenbarte, dann wird deutlich, wie weit man von der Sozialisierung entfernt war, weil eben mit der amerikanischen Vorstellung von einer marktwirtschaftlichen Ordnung das Prinzip politischer Freiheit verbunden wurde. Solche Freiheit konnte nach

amerikanischer Konzeption eben nur auf dem Boden freier marktwirtschaftlicher Ordnung gedeihen. Die Tatsache, daß es im amerikanischen State Department Stimmen gab, die die Sozialisierung durchaus der deutschen Entscheidungskompetenz überlassen wollten, änderte nichts an diesem Ergebnis.

Es zeigte sich auch in der Diskussion in der Besatzungszone, daß die Amerikaner ganz andere Denkvoraussetzungen im Hinblick auf wirtschaftliche Effizienz bewiesen. Während die Briten an eine erhöhte Leistungsbereitschaft der Arbeiterschaft im Falle der Sozialisierung glaubten, vertraten die Amerikaner die Ansicht, daß eben der privaten Unternehmerschaft Anreize zur Produktionserhöhung gegeben werden müßten. Sehr zum Unwillen des Foreign Office wies Clay die deutschen Parteien auf einer Pressekonferenz im August 1947 an, das politische Feld der Sozialisierung ruhenzulassen und sich an den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu begeben. Joe Keenan, intimer Berater General Clays, ging da schon grober zu Werk, indem er dem Hamburger Bürgermeister Max Brauer und dem Gewerkschaftsführer Kummernuß mit einer Verminderung der amerikanischen Nahrungsmiteleinfuhr drohte, falls die Vorschläge der Amerikaner nicht akzeptiert werden sollten. Das war die reine Erpressung und wurde im Foreign Office auch als solche empfunden. Es war natürlich recht eigentümlich, wenn eine Besatzungsmacht, die Begriffe wie Demokratie und Liberalität sehr hoch vor sich hertrug, in so wesentlichen Fragen, wie es sicher die sozialökonomische Struktur war, einfach die Entscheidungskompetenz der Deutschen bestritt. Möglicherweise haben die Amerikaner das auch so empfunden. Sie halfen sich aus dieser Widersprüchlichkeit, indem sie die Sozialisierung nicht ad acta gelegt sehen wollten, sondern nur aufschoben für fünf Jahre, dann aber mit dem deutlichen Hintergedanken, daß nach dieser Zeit kein Mensch mehr nach Sozialisierung rufen werde, weil die Überlegenheit der marktwirtschaftlichen Ordnung sich bis dahin deutlich gezeigt habe. Daß man einer künftigen deutschen Zentralregierung die endgültige Entscheidung dabei überlassen wollte, widersprach wiederum dem föderativen Prinzip, dem man in allen anderen Fragen durchaus huldigte.

Die Deutschen und die Briten haben sich dem amerikanischen Diktum fügen müssen, ja, praktisch ist es so, daß sich die Frage nach dem Handlungsspielraum der Deutschen recht eigentlich zur Frage nach den Möglichkeiten der Briten erweitert. Für beide gab es ihn nicht. Zwar gingen die Deutschen den vorgeschriebenen parlamentarischen Weg, brachten ihr Anliegen in eine demokratisch gewählte Versammlung, am Ende aber stand das britische Veto. Das heißt, jene, die alles

inszeniert hatten, opponierten nun und düpierten jene, die mitziehen wollten. Und bei den außerparlamentarischen Gruppen, den Gewerkschaften, war es gleich klar, daß Wiederaufbau mit Marshall-Hilfe und Neugestaltung der sozialökonomischen Struktur kaum in einem Zug zu haben waren. Sie haben sich für die Annahme des Marshall-Plans ausgesprochen, wohl wissend, daß dies eine Negativkondition für die Sozialisierung war. Es mochte dann etwas überspitzt klingen, aber möglicherweise gibt es doch die Stimmung jener Zeit wieder, wenn Hans Böckler die Alternative vortrug, man werde entweder die Sozialisierung preisgeben oder aber verhungern müssen<sup>8)</sup>.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage nach den Möglichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung zur Durchsetzung solcher Ziele auf. Vor Jahren hat Eberhard Schmidt die These aufgestellt, es sei Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern anzulasten, daß sie es versäumt hätten, ihre Anhängerschaft über den wahren Charakter des Marshall-Plans aufzuklären und schließlich die Massen für die Sozialisierung auf die Straße zu bringen. Hier ist dem entgegenzuhalten, daß die von den Propagandisten des Marshall-Plans vorgetragene These, Kapitalinvestitionen würden zu einem raschen Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft führen, gerade in Zeiten empfindlicher Mangellage einen hohen Grad an Plausibilität hatte. Und gerade diese Mangellage läßt es fraglich erscheinen, ob man unter den gegebenen Zeitumständen die Masse auf die Straße bringen konnte, wenn es zunächst einmal darum ging, das tägliche Leben zu fristen. Der Wandel von der Strukturveränderung zur Produktionserhöhung erhielt dann noch besonderen Antrieb, wenn für erhöhte Leistungsbereitschaft auch besondere Anreize bereitgestellt wurden, die sogenannter „incentives“. Die Gewerkschaftsführung hat das durchaus gesehen, lebte auch in Verantwortlichkeit gegenüber ihren Mitgliedern, die unter miserablen Bedingungen arbeiteten und die vermutlich eine Diskussion über Sozialisierung unter den gegebenen Umständen eher als ein Fernziel zu betrachten in der Lage waren. Böcklers Alternative: Verhungern oder Preisgabe der Sozialisierung hatte da schon ihren Hintergrund. Darüber hinaus ist noch darauf hinzuweisen, daß man zwar leicht-

<sup>8)</sup> Zur britischen Sozialisierungspolitik s. H. Lademacher, Die britische Sozialisierungspolitik im Rhein-Ruhr-Raum 1945—1948, in: Deutschlandpolitik Großbritannien und die britische Zone 1945—1949, hrsg. v. C. Scharf u. H.-J. Schröder, Wiesbaden 1979, S. 51—92. Kontrovers dazu, insofern amerikanische Liberalität in der Sozialisierungsfrage betont wird, D. Winkler, Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945—1948, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945—1953, Göttingen 1979, S. 88—110.

hin von der Notwendigkeit zu Sozialisierung reden konnte, die konkrete Durchführung der Vorhaben aber offensichtlich auch auf deutscher Seite erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Die Fragen

nach Trägerschaft, Kompetenzen, Rolle des Plans usw. sind in jener Phase zwar eifrig erörtert worden, von einer Lösung des Problems war man jedoch noch weit entfernt.

## II.

Anders verlief die Entwicklung bei der *Mitbestimmung*, bei einem Thema, das seit den zwanziger Jahren schon höchst intensiv diskutiert und dann in der Emigration unter der Überschrift „Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung“ an der Spitze der gewerkschaftlichen Wunschliste für die Nachkriegszeit gestanden hatte. Selbst Widerstandsgruppen wie der Kreisauer Kreis hatten für die Nach-Hitler-Periode die „wirksame Mitverantwortung eines jeden an dem Betrieb und darüber hinaus an dem allgemeinen Wirtschaftszusammenhang“ vorgesehen. Es will selbst scheinen, als ob in den Jahren ab 1945 die wirtschaftliche Mitbestimmung bis hin zu Gesetzen von 1951 und 1952 einen höheren Rang eingenommen habe als die zur gleichen Zeit vorgetragene Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Jedenfalls hat es schon sehr frühzeitig zur Durchsetzung dieser wirtschaftlichen Mitbestimmung eine Reihe von Streiks in einzelnen Betrieben in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gegeben.

Die Thematik konzentrierte sich in der ersten Nachkriegsphase auf die wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte und auf die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie. Die Alliierten wurden mit diesem Wunsch voll konfrontiert. Sie konnten solchem Verlangen nicht ausweichen, selbst wenn wirtschaftliche Mitbestimmung, betriebliche oder überbetriebliche, kaum zu den bekannten Äußerungsformen der Demokratie im eigenen Land zählte. Schließlich gehörte doch Wiedereinführung demokratischer Lebensformen zu den erklärten Zielen der alliierten Sieger, und bei aller Skepsis, die man anfänglich, 1945 noch, gegenüber der politischen Qualität der organisierten Arbeiterbewegung oder gegenüber der Bewußtseinslage von Arbeitern nach zwölfjähriger Diktatur auch hegte — an der Arbeiterschaft als einem wesentlich demokratischen Potential ließ sich kaum vorübergehen. Wie auf der einen Seite nun festzuhalten ist, daß es den Gewerkschaften in erster Linie darauf ankam, für die Betriebsräte auch das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht durchzusetzen, war dies für die alliierte Seite genau der Punkt, dem man nicht ohne weiteres zustimmen vermochte. Es zeigte sich hier vor allem auf amerikanischer Seite, daß der Demokratiebegriff in erster Linie auf Politik zielte und dort seine Begrenzungen erfuhr, wo er in die Nähe des eigentumsgebundenen Kompetenzbereiches führte.

Dies läßt sich nachweisen anhand der Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung von Artikel 5 des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 über Betriebsräte vor allem im Zusammenhang mit Artikel 37 der Hessischen Verfassung, der ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte vorsah. Clay war der Mann, der auf die Barrikaden ging, als es darauf ankam, den Artikel 37 in einem Ausführungsgesetz genauer festzuschreiben. Clay konnte so gar keinen Sinn für eine Beschneidung von Kompetenzen entwickeln, die sich schlicht aus dem Eigentum ergaben. Dazu trat, daß gerade über die Betriebsräte ungebührlicher kommunistischer Einfluß befürchtet wurde.

Es hat um dieses Gesetz im Zusammenhang mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 eine Reihe von amerikanischen Eiertänzen gegeben, die sehr genau die Grenzen des Demokratieverständnisses aufzeigten. Es kam hier auch zu Auseinandersetzungen zwischen dem amerikanischen State Department und der Militärregierung unter Clay, bei der es letztlich auch, wie das State Department es formulierte, um die amerikanische Glaubwürdigkeit ging. Die Argumentation ist hier im einzelnen nicht aufzuzeigen. Es sei lediglich festgestellt, daß sich Clay schließlich doch hat durchsetzen können, insofern die wirtschaftliche Mitbestimmung im Betriebsrätegesetz der Hessen suspendiert wurde. Mit dieser Suspension waren letztlich auch die Zeichen für die weitere Entwicklung gestellt, denn das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 schloß wirtschaftliche Mitbestimmung aus<sup>9)</sup>. Hinzugefügt sei, daß Briten und Amerikaner in der Sozialisierungsfrage gegenteilige Ansichten verfechten mochten, im Bereich Mitbestimmung freilich konnte durchaus von Harmonie der Ansichten gesprochen werden. Solche Vorabentscheidungen gab es auch im Eisen- und Stahl- und damit im gesamten Montanbereich, d. h. hier, speziell für die britische Zone. Paritätische Mitbestimmung in diesem Industriesektor entwickelte sich praktisch aus der ersten Durchführung der Potsdamer Bestimmungen über die Entflechtung der deutschen Industrie. Die deutschen Manager

<sup>9)</sup> Zur Betriebsräte-Problematik s. zunächst Ch. Kleßmann, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945—1952, in: H. A. Winkler (Anm. 8), S. 44—73. Zur hessischen Problematik neuerdings W. Mühlhausen, Hessen 1945—1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Frankfurt 1985, Kap. VI.

sahen hier „lebensgefährliche Amputationen“ sich vollziehen und riefen ihrerseits die Gewerkschaften auf den Plan, die bei der Abwehr der schlimmsten Konsequenzen helfen sollten.

Wie schon zuvor im Dezember 1945 wurde nunmehr fast ein Jahr später erneut von Unternehmerseite das Angebot einer gleichberechtigten Mitbestimmung in der Montanindustrie vorgetragen. Die Gewerkschaften teilten zwar z. T. die von den Unternehmern bedauerte Unzuträglichkeit der Entflechtungsmaßnahmen, waren aber dennoch zur Mitarbeit an der Entflechtung bereit, da sich für sie hier die Möglichkeit zu einer grundlegenden Neuordnung der Wirtschaft bot. Darüber hinaus freilich hatten sie gar keinen Grund, auf den von den Unternehmern vorgeschlagenen Handel einzugehen, weil die britische Militärregierung schon die Gewerkschaften für die Entflechtungsarbeit herangezogen und gleichzeitig die Erfüllung von Mitbestimmungsforderungen zugesagt hatte. Die britische Militärregierung ging diesen Schritt, da nicht nur ein Teil der deutschen Manager diskreditiert war, sondern weil sie auch ein Interesse an einer raschen Ingangsetzung und Steigerung der Produktion hatte. Das konnte aber nur dann erreicht werden, wenn es gelang, durch radikale Arbeiter an der betrieblichen Basis verursachte Störungen des Produktionsablaufs zu verhindern. Die Beteiligung der Beschäftigten und ihrer gewerkschaftlichen Vertreter an der Kontrolle und Leitung der Betriebe schien geeignet, radikalen Strömungen an der Basis das Wasser abzugraben. So gestand die britische Militärregierung den Gewerkschaften die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte zu. Ferner wurde im Vorstand der Unternehmen der Posten eines Arbeitsdirektors geschaffen, der nur mit Zustimmung der Gewerkschaften besetzt werden konnte.

Dieses durch eine Vereinbarung der britischen Militärregierung mit deutschen Gewerkschaftsfunktionären 1947 eingeführte Mitbestimmungsmodell bildete die Grundlage für das dann im April 1951 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz über die Montanmitbestimmung. Hier nun sollte betont werden, daß den Gewerkschaften angesichts einer nach Marshallplan, Währungsreform und schließlich Gründung der Bundesrepublik eher auf Restauration als auf Reform getrimmten Stimmung noch ein konfliktreicher Weg bevorstand. Abgesehen von der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften für die Wahrung des Bestandes und eine Ausdehnung des paritätischen Modells auf den gesamten Montanbereich, ist zu sagen, daß sich das endgültige Ergebnis als Folge einer Do-ut-des-Politik darstellt: Die Bundesregierung brauchte die Gewerkschaften, um eine Einheitsfront gegen allzu weitgehende Entflechtungsvorhaben der Alliierten zu bilden und mit diesem Druckmittel möglicherweise gar die

Verhandlungen um die Montanunion scheitern zu lassen. Die Gewerkschaften ihrerseits versprachen, die Forderung nach paritätischer Montanmitbestimmung auf die anderen Industriezweige zurückzustellen und die Frage der Eigentumsregelung sowie der überbetrieblichen Mitbestimmung auszuklammern. Daß die Zustimmung der Gewerkschaften zu einem deutschen Wehrbeitrag die Verhandlungsgrundlage verbessert hat, ist anzunehmen<sup>10)</sup>.

Mit dem Gesetz über die Montanmitbestimmung und schließlich mit dem Betriebsverfassungsgesetz war die sozialökonomische Neuordnungsphase in der Bundesrepublik abgeschlossen. Gemessen an dem, was in den Jahren des Widerstandes, der Emigration und eben auch in der ersten Nachkriegsphase gefordert worden war, war es sicherlich nur ein Teilerfolg. Die Frage lautet, ob mehr erreicht werden konnte. Eberhard Schmidt spricht von einem Mangel an antikapitalistischer Strategie. Das ist leicht gesagt. Vielmehr will es scheinen, daß sich Neuordnungsvorstellungen vor allem dann nicht gegen die Politik der stärksten Besatzungsmacht, die Vereinigten Staaten, durchsetzen ließen, wenn diese den Ordnungsvorstellungen der Besatzungsmacht diametral entgegenstanden und wenn mit zunehmender Verschärfung des Ost-West-Konflikts solche Neuordnungsvorstellungen in die Nähe von Maßnahmen des weltpolitischen Gegners rückten. Ein Weiteres: Die Neuordnungsvorstellungen, die Neuerungscharakter hatten, standen in deutlicher Konkurrenz zu einer angesichts der eingangs beschriebenen wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung unmittelbar notwendigen Produktionserhöhung, und es war so erstaunlich nicht, daß sie gegenüber solcher Erhöhung nur nachrangige Bedeutung hatten. Das heißt, es war von daher schon schwierig, ihnen von der Basis her den nötigen Nachdruck zu verleihen. Das hier Gesagte gilt vor allem für die Sozialisierung. Im Mitbestimmungsbereich liegt die Situation anders. Hier kam der Teilerfolg zustande, nicht nur, weil der gesamte Bereich einen viel unmittelbaren Bezug zum Arbeitsplatz hatte, sondern weil anfänglich die Gewerkschaften als Verfechter dieses Gedankens sowohl von den Militärregierungen als auch von dem alten Management ge-

<sup>10)</sup> Zur Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung sei neben dem in Anm. 6 genannten E. Schmidt vor allem hingewiesen auf H. Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie*. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982, sowie auf die mit einer ausführlichen Einleitung versehenen Edition von G. Müller-List, *Montanmitbestimmung*. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Düsseldorf 1984.

braucht wurden. Es blieb aber bei einem Teilerfolg, weil sich spätestens ab 1948 auch jene Kräfte der deutschen Gesellschaft wieder erholten, die zuvor im Hinblick auf ihre Vergangenheit als diskreditiert angesehen wurden. Das heißt, mit der

Wiedereinführung der politischen Demokratie und der wachsenden Entfernung von der politischen Vergangenheit mußte sich die Unbedingtheit der Neuordnungsvorstellungen schließlich mit einem Kompromiß begnügen.

# Westkurs und innenpolitische Stabilisierung der Bundesrepublik Deutschland

## I.

Daß die Weichen für den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik bereits vor ihrer Gründung 1949 gestellt wurden, ist ein schon 1966 von Hans-Peter Schwarz formulierter Sachverhalt, dessen Substanz seitdem vielfach bestätigt und ergänzt worden ist und kaum umstritten sein dürfte<sup>1)</sup>. Die äußere und innere Geschichte der Bundesrepublik beginnt somit einige Jahre vor ihrem Gründungsjahr. Dieses hat sich sogar im Vergleich zu vorangegangenen Jahren als relativ unwichtig erwiesen, und zwar sowohl aus der „objektiven“ Sicht des Historikers als auch in der subjektiven Wahrnehmung der Zeitgenossen. Gemessen an der Bedeutung der 1947 und 1948 gefallenen Entscheidungen — manche gehen noch weiter und betonen besonders die Wende der britischen Politik 1946 — ist der formelle Vollzug der westdeutschen Staatsgründung vergleichsweise peripher. Aber auch von der Bevölkerung ist das kaum anders gesehen worden. Zeitgenössische Umfragen belegen, daß sich der durchschnittliche Deutsche vielmehr für die Währungsreform und ihre Folgen als für die Etablierung zweier, bestenfalls halbsouveräner deutscher Staaten interessierte<sup>2)</sup>.

Eine Bilanz der zeitgeschichtlichen Forschung zur deutschen Nachkriegsgeschichte würde diesen Befund bestätigen. Die Masse der wissenschaftlichen Untersuchungen befaßt sich mit der Phase der Besatzungszeit, auch wenn mittlerweile die fünfziger Jahre verstärkt ins Blickfeld treten. Dies hängt wesentlich, aber keineswegs nur mit der Quellensituation zusammen. Seit etwa Mitte der sechziger Jahre sind die amerikanischen, britischen und deutschen Akten für diesen Zeitraum sukzessive zugänglich geworden. Zusammen mit veränderten Fragestellungen und Erkenntnisinteressen sowie einer zeitlichen Distanz, die eine unbefangene Analyse der in der Erinnerung besonders nachdrücklich haftengebliebenen Besatzungszeit erleichterte, hat dies zu einer inzwischen kaum noch übersehbaren Fülle von Einzeluntersuchungen und einer beträchtlichen Zahl zusammenfassender Darstellungen geführt<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> H.-P. Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, Neuwied 1966, S. XXX.

<sup>2)</sup> R. L. und A. J. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, Urbana (Ill.) 1970.

<sup>3)</sup> Statt einer Auflistung von Titeln weise ich hier lediglich auf zwei neuere Literaturberichte hin, in denen die

In diesem Befund liegt jedoch auch eine Gefahr. Zum einen kann das historiographische Bild allein schon quantitativ suggerieren, alle wesentlichen Entscheidungen für die Entwicklung der Bundesrepublik seien bereits vor 1949 gefallen, im Sinne eines engen Verständnisses der Metapher „Weichenstellung“: Nachdem die Weichen einmal gestellt wurden, mußte der Zug in eine bestimmte Richtung fahren. Die seit Ende der sechziger Jahre in Blüte gekommene Restaurationshistoriographie — deren produktive Korrektivfunktion ich sehr hoch einschätze — hat inhaltlich lange Zeit in dieser Richtung argumentiert und sich kaum zufällig vor allem auf die ersten Nachkriegsjahre konzentriert.

Inzwischen sind sowohl die neuen als auch die restaurativen Elemente der Entwicklung nach 1945 stärker gegeneinander abgewogen worden. Darüber hinaus ist aber auch der quasi-deterministische Charakter der Besatzungspolitik aufgelöst und der Anteil der Deutschen in bestimmten Konstellationen schärfer herausgearbeitet worden. Die frühen fünfziger Jahre erscheinen damit nicht mehr nur als Nachvollzug früherer Weichenstellungen, sondern erhalten ein gut Teil an Offenheit und Ambivalenz zurück.

In diesem Sinne möchte ich versuchen, die beiden Fragen nach Westkurs und innenpolitischer Stabilisierung exemplarisch zu charakterisieren und ihren inneren Zusammenhang deutlich zu machen, ohne das Spätere lediglich aus dem Vorangegangenen zu deduzieren. Der Akzent meines Beitrages soll auf der politischen Geschichte liegen. Daß dies lediglich dem Zwang zur Arbeitsteilung entspringt und eine Trennung der politischen von der ökonomischen und sozialen Entwicklung nicht zu rechtfertigen wäre, braucht hier kaum betont zu werden.

einschlägigen Arbeiten genannt werden: K. Kellmann, *Literaturbericht Deutsche Geschichte nach 1945*, in: *GWU*, 37 (1986), S. 49 ff., 120 ff.; Ch. Kleßmann, *Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen — Die Geschichte der Bundesrepublik und ihre Kritiker*. *Literaturbericht*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 11 (1985), S. 476—494. Vgl. ferner die Auswahlbibliographie bei L. Herbst (Hrsg.), *Westdeutschland 1945—1955*. *Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986, sowie das instruktive Heft 2 (1986) der Zeitschrift *SOWI* (Sozialwissenschaftliche Informationen) zum Thema: *Bundesrepublik Deutschland — Die fünfziger Jahre*.



Ausgehend von einer kursorischen Charakterisierung der Zeit im Schulbuch „Geschichtliche Weltkunde“<sup>4)</sup> sollen je zwei Themenbereiche vor und nach 1949 behandelt werden, die mir besonders wichtig erscheinen: Bizone, Berlin-Blockade, Stalin-Note 1952 und Churchills Initiative 1953, sozialpolitische Integration. Kriterium für die Auswahl ist die Verbindung außen-, innen- und

deutschlandpolitischer Aspekte, die zusammengekommen erst ein befriedigendes Erklärungsraster für Form und Durchsetzung der Westintegration der Bundesrepublik abgeben. Sowohl die spektakulären politischen Ereignisse, um die öffentlich gestritten wurde, als auch die weniger „sichtbaren“ Integrationsklammern sollen die Entwicklung erklären helfen.

## II.

Im Schulbuch „Geschichtliche Weltkunde“ kommt die Thematik in zwei relativ ausführlichen Kapiteln vor: „Ost und West im Kalten Krieg“ und „Die Bundesrepublik zwischen Restauration und Reform“. Die innere Entwicklung der DDR wird im Anschluß daran in einem eigenen Kapitel „Vom 17. Juni bis zum Mauerbau“ dargestellt.

Die Umorientierung der westlichen Deutschlandpolitik vollzieht sich in dieser Darstellung vor dem Hintergrund der Sowjetisierung Ostmitteleuropas nach frühzeitigen Warnungen Kennans (1945) vor allem durch den Marshall-Plan als wirtschaftliche Hilfsaktion mit weitreichenden politischen Implikationen. Parallel dazu wird ausführlich die gesellschaftliche und parteipolitische Auseinanderentwicklung von Ost und West gekennzeichnet. Als Fazit für 1947 läßt sich der Satz verstehen: „Im Juni 1947 konstituierte sich in Frankfurt am Main der ‚Wirtschaftsrat‘ der Bizone und wählte einen Vorsitzenden, der der CDU angehörte. Im gleichen Monat wurden in Ost-Berlin die dort bestehenden deutschen Zentralverwaltungen zur ‚Deutschen Wirtschaftskommission‘ zusammengeschlossen, die unter SED-Vorsitz mit dem Ausbau eines zentralen Planungssystems begannen. Die weitere Entwicklung war nunmehr deutlich vorgezeichnet“ (S. 147).

Londoner Sechs-Mächte-Konferenz, Währungsreform und Berlin-Blockade beschleunigen den vorgezeichneten Prozeß, der dann konsequenterweise in der doppelten Staatsgründung seinen formalen Abschluß findet. Der Kalte Krieg als globaler Konflikt bringt das Problem eines deutschen Verteidigungsbeitrags auf die Tagesordnung. Die Argumente pro und contra Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) werden dokumenta-

risch zur Diskussion gestellt. Die differierenden Grundsatzpositionen sind hier trotz aller Kürze gut erkennbar (S. 155). In bezug auf die sowjetischen Noten von 1952 kritisiert das Buch die westliche Politik vorsichtig mit folgenden Sätzen: „Die meisten westlichen Politiker erklärten die sowjetischen Noten lediglich als Versuch, die westeuropäischen Verhandlungen um EVG und Deutschland-Vertrag zu stören. Westmächte und Bundesregierung taten nichts, um die UdSSR beim Wort zu nehmen. Dieses Verhalten gilt noch heute als umstritten“ (S. 155).

Die Opposition gegen Westintegration und Wiederaufrüstung wird nur knapp angedeutet und mit dem Paulskirchenmanifest von 1955 dokumentiert. Als Bilanz läßt sich die als zusammenfassendes Urteil („volle Westorientierung“) zitierte Textpassage von Karl Dietrich Bracher verstehen: „Eine Politik des effizienten Verwaltungs- und Wirtschaftsstaates, abgesichert in einer antikommunistischen Sicherheitsallianz, die faktisch die deutsche Teilung in Kauf nahm und der Stabilisierung einer souveränen Bundesrepublik den Vorrang gab — das war die politische Weichenstellung der frühen Ära Adenauer“ (S. 158). Im Vergleich zu den gut erkennbaren außenpolitischen Entscheidungen werden ihre innenpolitischen Voraussetzungen und Maßnahmen zu ihrer Absicherung in diesem Schulbuch nur noch schwach sichtbar. Während das Montanmitbestimmungsgesetz kurz erwähnt wird (S. 163), fehlt das Stichwort ‚Lastenausgleich‘ ganz. Zur Erklärung der relativ problemlosen Westintegration müßten innenpolitische Faktoren als Ergänzung zu den außenpolitischen Weichenstellungen deutlicher betont werden.

## III.

Ausgangspunkt für die Bestandsaufnahme neuer Forschungsergebnisse sind im folgenden die bei-

den Bände „Kalter Krieg und Deutsche Frage“ (1985) sowie „Westdeutschland 1945—1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration“ (1986)<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> Geschichtliche Weltkunde, Bd. 4, von J. Hoffmann und E. Krautkrämer, (Diesterweg) Frankfurt 1982 (mit geringfügigen Ergänzungen gegenüber der dreibändigen Ausgabe).

<sup>5)</sup> J. Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945—1952, Göttingen 1985; L. Herbst (Anm. 3).

## 1. Zur Bizone

Die Arbeiten von Steininger, Pingel und Foschepoth<sup>6)</sup> haben für die kontroverse Diskussion um Genesis und Verlauf des Kalten Krieges neue Akzente gesetzt. Sowohl „Traditionalisten“ wie „Revisionisten“ hatten sich in der Analyse der Entstehungsbedingungen des Kalten Krieges stark auf die beiden Supermächte konzentriert<sup>7)</sup>. Die genannten Autoren haben demgegenüber den bedeutsamen eigenständigen Beitrag der britischen Politik in der Deutschlandfrage und damit indirekt auch für den Kalten Krieg herausgearbeitet. Gerade die genaue Beobachtung der Vorgänge in der SBZ veranlaßte demnach britische Politiker früher als amerikanische dazu, zunächst in Form von politischen Planungen, dann aber auch zunehmend in Einflußversuchen auf die USA eine Entwicklung zu forcieren, die nicht mehr auf dem Potsdamer Abkommen fußte, die Gründung eines Westzonenstaates systematisch vorantrieb und damit die Konfrontation mit der Sowjetunion bewußt in Kauf nahm. Dieser Politik lag ein doppelter Ansatz zugrunde: Wahrnehmung elementarer ökonomischer Interessen (Wiederaufbau der britischen Zone, um den britischen Steuerzahler zu entlasten) und politische Befürchtungen hinsichtlich kommunistischer Einflüsse besonders im Ruhrgebiet, dem Herzstück für jeden europäischen Wiederaufbau. Aus der Beobachtung der Gewerkschafts- und Parteipolitik in der Ostzone zogen die Briten den Schluß, eine drohende ähnliche Entwicklung müsse mit Mitteln direkter und indirekter Eingriffe verhindert werden.

Dieser Interpretationsansatz neigt möglicherweise dazu, den britischen Einfluß zu überschätzen, zumal die genauen Einflußkanäle auf die USA kaum erforscht sind. Daß diese Politik zum Zuge kam, lag daran, daß die USA zu einer ähnlichen Einschätzung gelangten bzw. die z. T. aus anderen Motiven gespeiste, bereits 1945 formulierte Position G. F. Kennans, des Ostexperten und späteren Beraters im State Department, zunehmend zur Grundlage ihrer Politik machten. Der Gewinn dieser neuen Sicht liegt jedoch darin, die allzu eng von der Bipolarität des entwickelten Kalten Krieges bestimmte Sichtweise aufgelockert und differenziert und den bereits 1946 zu datierenden britischen Beitrag zum Durchbruch des Kalten Krieges in Deutschland herausgearbeitet zu haben.

<sup>6)</sup> R. Steininger, *Deutsche Geschichte 1945–1961*, 2 Bde., Frankfurt 1983, S. 167 ff.; F. Pingel, *Die Russen am Rhein? Zur Wende der britischen Besatzungspolitik im Frühjahr 1946*, in: VfZ, 30 (1982), S. 98–116; J. Foschepoth/R. Steininger (Hrsg.), *Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985.

<sup>7)</sup> Vgl. zur kaum noch übersehbaren Literatur W. Loth, *Der „Kalte Krieg“ in der historischen Forschung*, in: G. Niedhart (Hrsg.), *Der Westen und die Sowjetunion*, Paderborn 1983, S. 155–175.

Dieses Ergebnis kann freilich kaum die enorme politische Bedeutung des Marshall-Plans relativieren, der hier allerdings nicht zu behandeln ist. Denn wenn Alternativen zum Kalten Krieg bis 1947 noch einigermaßen konkret faßbar sind, verlieren sie seitdem schnell an Konturen. Daß es solche Alternativen dennoch gab und daß man sich davor hüten sollte, aus Planungen, Memoranden und Konzepten schon geradlinige Politik abzuleiten, daß vielmehr die Eigendynamik politischer und militärischer Entwicklungen eine kaum vorweg zu kalkulierende Rolle spielte und alternative Möglichkeiten einerseits anregte, andererseits verbaute, zeigt die Berlin-Blockade.

## 2. Zur Berliner Blockade

Die Analyse der politischen Hintergründe der Berlin-Krise von 1948 macht vor allem zweierlei deutlich<sup>8)</sup>: Zum einen war zunächst keineswegs sicher, daß der Westen aus dieser Krise als Sieger hervorging. Sie führte in der Wahrnehmung der Zeitgenossen hart an den Rand eines Weltkrieges. Zum andern produzierte sie politische Lösungsvorschläge, die kaum ins tradierte Bild der Ost-West-Konfrontation von 1948 passen.

Sowohl der britische Militärgouverneur Sir Brian Robertson wie G. F. Kennan entwickelten in den Grundgedanken ähnliche Pläne, die auf einen Abzug aller Besatzungstruppen bzw. ihre Rückführung in bestimmte Grenzregionen und auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hinausliefen<sup>9)</sup>. In langfristiger Perspektive war ihr Ziel keineswegs eine Neutralisierung Deutschlands, vielmehr sollte eine gesamtdeutsche Option für den Westen möglich sein. Dennoch wurden hier zunächst Konzepte angeboten, die aktuelle Krisenlösungen offerierten und die seit 1946/47 sich abzeichnende Westintegration der späteren Bundesrepublik in Frage stellten. Der überraschende Erfolg der Luftbrücke entwickelte freilich schnell eine Eigendynamik, die Wasser auf die Mühlen der Gegner solcher Konzepte war, so daß sie weder in London noch in Washington Realisierungschancen besaßen.

Wenn somit das politische Ziel der sowjetischen Aktion in Berlin die Verhinderung eines Weststaates gewesen ist, war ihr Ergebnis das genaue Gegenteil. Sie forcierte, was sie blockieren sollte,

<sup>8)</sup> Hierzu besonders M. Bell, *Die Blockade Berlins — Konfrontation der Alliierten in Deutschland*, in: J. Foschepoth (Anm. 5), S. 217–239. Ferner A. Schlaim, *United States and Berlin Blockade*, California Press 1983.

<sup>9)</sup> R. Steininger, *Wie die Teilung Deutschlands verhindert werden sollte — Der Robertson-Plan aus dem Jahre 1948*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, (1983) 30, S. 49–89; A. Frohn, *Neutralisierung als Alternative zur Westintegration. Die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika 1945–1949*, Frankfurt 1985, S. 124 ff.

und ihre Wirkungen gingen über Deutschland hinaus. In diesem Sinne hat M. Bell das Fazit gezogen<sup>10)</sup>: „Die Blockade beschleunigte und verstärkte Entwicklungen, die ansonsten viel länger gebraucht hätten bzw. weniger radikal ausgefallen wären. Die Teilung Deutschlands ging der Blockade voraus. Die endgültige Teilung Europas aber sowie die langfristige Bindung der Vereinigten Staaten an Westeuropa aufgrund des NATO-Bündnisses erhielten jedoch durch die Blockade Berlins ihren entscheidenden Impuls. Auch trug die Blockade Berlins dazu bei, der amerikanischen Sicht von dem prinzipiell aggressiven Charakter des Kommunismus weithin Geltung zu verschaffen. Im übrigen sahen sich die beiden europäischen Mächte in diesem Konflikt einmal mehr mit der Tatsache konfrontiert, daß es fortan die Vereinigten Staaten waren, die die Richtung der westlichen Politik bestimmten. Der Spielraum für eine unabhängige europäische Politik war ... weiter geschrumpft.“

Wenn die Berliner Blockade den „düsteren Hintergrund der Entstehung der Bundesrepublik“ bildete<sup>11)</sup>, weil die sowjetische Drohung die Notwendigkeit einer provisorischen Staatsgründung offenbar um so dringlicher machte und den antikommunistischen Konsens weiter festigte, bleibt die Frage, ob damit nicht endgültig die Würfel gefallen waren. Sicherlich war die Tatsache einer Integration des neuen westdeutschen Staates in das politische und ökonomische System der westlichen Länder damit vorgezeichnet. Doch keineswegs lagen damit schon Form und Richtung eines deutschen Wehrbeitrages fest, wie W. Loth unterstrichen hat<sup>12)</sup>. Erst der Korea-Krieg bildete hier eine entscheidende Zäsur.

Stand die Westintegration später gleichwohl noch einmal zur politischen Disposition? Diese Frage führt vor allem in die immer noch oder erneut diskutierte sowjetische Deutschlandpolitik 1952.

### 3. Zur sowjetischen und britischen Deutschlandpolitik 1952/53

Beide Themenbereiche sind unlängst genauer untersucht und dokumentiert worden, so daß sich auch nach den Weichenstellungen der vierziger für die frühen fünfziger Jahre die Frage nach Alternativen erneut stellt und den Gründen ihres Scheiterns nachzugehen ist.

Die sowjetische Notenoffensive von 1952 als „Legende von der verpaßten Gelegenheit“ zu apostrophieren<sup>13)</sup>, dürfte problematischer geworden

sein, nachdem Rolf Steininger aus britischen und amerikanischen Archiven viele Dokumente publiziert hat<sup>14)</sup>, die zumindest dreierlei beweisen:

a) Die Offerte war in den Augen der Westmächte durchaus ernst gemeint und wurde ernstgenommen.

b) Der Westen wünschte jedoch keine Verhandlungen über dieses als riskant eingestufte Wiedervereinigungsangebot auf der Basis der Neutralisierung, blockte aber nicht von vornherein eine Diskussion darüber ab.

c) Adenauer dagegen bot seinen ganzen Einfluß auf, um eventuelle Vier-Mächte-Verhandlungen zu torpedieren, weil er das Ziel Nr. 1 seiner Außenpolitik, den Abschluß des EVG- und des Deutschlandvertrages, nicht gefährden wollte.

Was hier fehlt, ist die innenpolitische Dimension. Vieles spricht für die These Hermann Gramls<sup>15)</sup>, daß die westdeutsche Bevölkerung angesichts innenpolitischer Prioritäten geringes Interesse an riskanten Lösungen hatte. Die Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit und das Erlebnis des beginnenden Wirtschaftswunders machen diese Haltung plausibel und leicht erklärbar. Mit Risiken aber war eine Neutralisierung, in welcher Form auch immer, allemal verbunden. Überdies ging der sowjetische Vorschlag von der Oder-Neiße-Linie als endgültiger Grenze aus, einer Prämisse, die innenpolitisch zur damaligen Zeit wohl kaum durchzusetzen gewesen wäre. Daß sie andererseits keineswegs völlig außerhalb des Zeithorizontes lag, zeigt ein so profiliertes politischer Kopf wie Karl Georg Pfeleiderer von der FDP, der in seinen deutschlandpolitischen Überlegungen eben von dieser Prämisse ausging<sup>16)</sup>.

Gegenüber der spektakulären Offerte des Kremls von 1952 ist die britische Initiative von 1953 eher in den Hintergrund getreten<sup>17)</sup>. Sie verdient jedoch nicht weniger Aufmerksamkeit und kritische Prüfung. Nach Stalins Tod 1953 mehrten sich die Anzeichen für ein neues sowjetisches Interesse an Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland und für die Bereitschaft, das in beiden Teilen

<sup>14)</sup> R. Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Darstellung und Dokumentation unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten, Bonn 1985; ders., Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Bonn 1985.

<sup>15)</sup> H. Graml, Nationalstaat oder westdeutscher Teilstaat? Die sowjetischen Noten vom Jahre 1952 und die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ, 25 (1977), S. 821—864.

<sup>16)</sup> K. G. Pfeleiderer, Politik für Deutschland. Reden und Aufsätze 1948—1956, Stuttgart 1961.

<sup>17)</sup> Dazu R. Steininger, Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1984) 36, S. 105—144; J. Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: Deutschland Archiv, 12 (1984), S. 1286—1301.

<sup>10)</sup> M. Bell (Anm. 8), S. 239.

<sup>11)</sup> W. Benz, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, München 1984, S. 38.

<sup>12)</sup> W. Loth, Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik, in: Foschepoth (Anm. 5), S. 335—361.

<sup>13)</sup> So Hermann Graml im gleichnamigen Aufsatz in: VfZ, 29 (1981), S. 307—341.

Deutschlands verhaßte Regime unter Ulbricht fallen zu lassen und zumindestens durch neue Kräfte zu ersetzen. In dieser Situation unternahm der britische Premier im Mai 1953 im Unterhaus einen Vorstoß für eine neue Gipfelkonferenz. Darüber hinaus stellte er intern Überlegungen an, wie man in Moskau über ein vereintes neutralisiertes Deutschland verhandeln könne, falls die Deutschen dieses wünschten. Ihr Kanzler wünschte es eindeutig nicht — die USA überdies auch nicht — und vermutlich die Mehrheit der Westdeutschen ebenfalls nicht.

Die Verträge über die EVG waren noch nicht unter Dach und Fach, und Adenauer befahl erneut das alte Trauma von einer Viermächteverständigung über die Köpfe der deutschen Politiker hinweg. Dies bleibt festzuhalten, auch wenn die britische Initiative aus verschiedenen Gründen nicht mehr zum Tragen kam, vor allem, weil mit dem Aufstand vom 17. Juni und seiner Niederschlagung die Grundlage für einen eventuellen Kurswechsel der sowjetischen Deutschlandpolitik entfiel. Richard Löwenthal hat bereits 1965 festgestellt, daß der 17. Juni „nicht nur eine Krise der sowjetischen, sondern eine verpaßte Chance der westlichen Politik“ gewesen sei<sup>18)</sup>.

Ob es wirklich eine Chance gab und wie ernsthaft die sowjetischen Motive zu beurteilen sind, muß letztlich offen bleiben, da es darüber keine Quellen gibt<sup>19)</sup>. Die Arbeiten von Steininger und Foschepoth haben jedoch unzweifelhaft deutlich gemacht, daß die Wahrnehmung einer solchen Chance im Westen gar nicht gewünscht wurde. Adenauer hat seinen Beitrag dazu geleistet. Noch 1955 hat er ausdrücklich erklärt, daß ihm die Integration im Westen wichtiger sei als die Wiedervereinigung, und dabei sein indirektes Mißtrauen gegenüber der politischen Reife des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht<sup>20)</sup>. Adenauer wollte offensichtlich die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats nicht, weil er sie für zu gefährlich hielt. Für eine solche Position gibt es vor allem aus heutiger Sicht sicherlich gute Argumente. Das Problem besteht darin — und hier beginnt die aktuelle politische Brisanz der frühen Deutschlandpolitik —, daß man der Öffentlichkeit die Vereinbarkeit von Westintegration und Wiedervereinigung nachdrücklich suggerierte.

<sup>18)</sup> R. Löwenthal im Vorwort zu: A. Baring, *Der 17. Juni 1953*, Köln 1965.

<sup>19)</sup> Zur Diskussion um die sowjetische Deutschlandpolitik vor dem 17. Juni (mit sehr skeptischer Beurteilung der Indizien für einen grundsätzlichen Wandel) G. Weting, *Die sowjetische Deutschland-Politik am Vorabend des 17. Juni*, in: I. Spittmann/K. W. Fricke (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982, S. 56—69.

<sup>20)</sup> Das entsprechende britische Dokument wird zitiert bei J. Foschepoth, *Adenauers Moskau-Reise 1955*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 22/86, S. 39.

Dies hat noch über die Ära Adenauer hinaus zur Lebenslüge Bonner Politik gehört.

Die bisher genannten Daten beziehen sich wesentlich auf außen- und deutschlandpolitische Ereignisse und Handlungen. Daß Außenpolitik im Zeitalter von Massendemokratien immer auch innenpolitisch determiniert ist, ist eine Binsenweisheit, selbst wenn die Intensität dieser Bindung zeitlich unterschiedlich ausfallen mag. Sicherheit war nicht nur eine zentrale Kategorie der Außenpolitik, die „Staatsräson der Bundesrepublik“ (Noack), sie bildete auch den Angelpunkt für die frühe bundesrepublikanische Sozialpolitik. Ohne sie wäre die innenpolitische Stabilisierung und auch die vergleichsweise schnelle Durchsetzung des außenpolitischen Kurses kaum verständlich. Vor dem Hintergrund der Erfahrung extremer Unsicherheit durch Krieg, Zerstörung, Flucht, Invalidität, Gefangenschaft — wovon ca. ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung betroffen war — wird erklärlich, warum Alternativen zur Außen- und Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre so schwer als realistisch rekonstruierbar erscheinen, auch wo sie theoretisch und konzeptionell denkbar waren und bleiben.

Der Westkurs bedeutete somit viel mehr als lediglich eine außenpolitische Orientierung. Er war zugleich Fundament und Ausdruck einer politischen und mentalen Grundorientierung und Einstellung, die wesentlich zur Durchsetzung dieser außenpolitischen Linie beitrug und den schon damals heftig diskutierten Alternativen den Boden entzog. Die sozialpolitische Absicherung des Westkurses und die schnelle innenpolitische Stabilisierung der Bundesrepublik trotz sich immer schärfer abzeichnender Teilung des Landes, trotz der drückenden sozialen Folgelasten des Krieges, soll hier exemplarisch am Problem Mitbestimmung und Lastenausgleich erörtert werden<sup>21)</sup>.

#### 4. Zu Mitbestimmung und Lastenausgleich

An der Genesis des Gesetzes über die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich 1951 zeigt sich die sozialpolitische Absicherung einer wichtigen außenpolitischen Grundentscheidung besonders deutlich<sup>22)</sup>. Zwar war die Ausgangssituation in diesem Konflikt für die Gewerkschaften insofern besonders günstig, als sie im wesentlichen um die Erhaltung eines Besitzstandes kämpfen mußten.

<sup>21)</sup> Wichtige andere innenpolitische Aspekte müssen hier aus Platzgründen unberücksichtigt bleiben, so der von G. Jasper analysierte Zusammenhang von „Wiedergutmachung und Westintegration“, in: L. Herbst (Anm. 3), S. 183—202.

<sup>22)</sup> Zur Mitbestimmung vgl. vor allem H. Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften*, Stuttgart 1982; G. Müller-List, *Montanmitbestimmung*, Düsseldorf 1984.

Aber ohne Zweifel ist die aktive Einflußnahme des Kanzlers ebenfalls für das Ergebnis von Bedeutung gewesen. Die Motive dafür sind primär im Willen zur Stützung der außenpolitischen Linie zu suchen. Auch wenn es eine allzu plakativ verkürzte Interpretation wäre, Adenauer habe sich als „Kompensation“ seiner Zustimmung zur paritätischen Mitbestimmung die gewerkschaftliche Tolerierung der Wiederaufrüstung durch den DGB ausbedungen, bleibt doch die gewerkschaftliche Zustimmung zur Montanunion und damit zu einem Meilenstein der Westpolitik zentral für den Zusammenhang. Die Gewerkschaften erweisen sich im übrigen hier — wie schon beim Petersberger Abkommen — als politisch von der SPD unabhängiger Faktor, blieb doch die SPD unter Schumacher hartnäckig bei ihrem Nein. Der „Mythos vom Sieg der Gewerkschaften“ — so der Untertitel der Untersuchung von Horst Thum — wird also entzaubert, wenn man die außen- und innenpolitische Grundkonstellation stärker gewichtet und die Streikdrohung der IG-Metall und der IG-Bergbau, die noch in der Diskussion der siebziger Jahre um ein angebliches Versagen der Gewerkschaftsführung eine große Rolle spielte, nicht mehr so stark in den Vordergrund rückt.

Noch wichtiger als die Tatsache des gewerkschaftlichen Erfolges dürfte jedoch die gesellschaftspolitisch stabilisierende Wirkung dieses zentralen, aber in der Reichweite gleichwohl begrenzten Mitbestimmungsgesetzes sein<sup>23)</sup>. Es gehört zu den wenigen zentralen gewerkschaftlichen Programmelementen, die Realität wurden, während die übrigen Forderungen auf dem Papier blieben. Die paritätische Mitbestimmung wurde als Ausgangspunkt und Beleg für die Möglichkeit weiterer schrittweiser Reform des kapitalistischen Wirtschaftssystems verstanden und stellte ein Stück politischer Gleichberechtigung im ökonomischen Bereich unter Beweis, die Hans Böckler 1949 in seiner etwas altfränkisch anmutenden Diktion so formuliert hatte: „Bürger, nicht Untertanen wollen wir sein.“<sup>24)</sup>

Das Gegenargument gegen diese optimistische Interpretation könnte das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 bilden. Denn hier folgte auf den Sieg von 1951 die deprimierende Niederlage, die den DGB zu seinem bitteren und politisch auch heftig angefeindeten Wahlauftritt veranlaßte: „Wählt einen besseren Bundestag“<sup>25)</sup>. Gleichwohl bleibt

<sup>23)</sup> Vgl. H. Mommsen in, Frankfurter Rundschau v. 31. 7. 1979.

<sup>24)</sup> Protokoll Gründungskongreß Deutscher Gewerkschaften, München, 12.–14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 198.

<sup>25)</sup> Vgl. Informations- und Nachrichtendienste der Bundespressestelle des DGB, Bd. VII (1953), S. 81 f., S. 62 ff. Zum BVG jetzt vor allem: D. Buchhaas, Gesetzgebung im Wiederaufbau. Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen und Betriebsverfassungsgesetz 1945–1952, Düsseldorf 1985.

festzuhalten, daß die Gewerkschaften nicht in einer Fundamentalopposition verharren, sondern sich eher einer neuen Strategie zuwandten, die Niethammer mit dem Begriff „Wachstumspakt“ umschrieben hat<sup>26)</sup>.

Die historische Bedeutung des Betriebsverfassungsgesetzes muß vor allem im Kontext zweier Entwicklungen gesehen werden:

Erstens: Die Mitbestimmung hatte 1952 nicht mehr die hohe Priorität und den konkreten Erfahrungsgehalt der frühen Nachkriegsjahre. Demoskopische Daten belegen das ebenso wie gewerkschaftliche Klagen über mangelndes gesellschaftspolitisches Interesse der Belegschaften<sup>27)</sup>. Dies war unter den gegebenen Umständen keineswegs verwunderlich: Soziale Sicherheit, individueller Erfolg und Wohlstand waren eher gefragt als vergleichsweise abstrakte Forderungen wie Mitbestimmung und Sozialisierung. Damit war der gesellschaftliche Druck, den die Gewerkschaften in der Öffentlichkeit auf die politischen Entscheidungsträger hätten ausüben können, auch begrenzt und nicht mehr so wirksam.

Zweitens: Eine indirekte Integrationswirkung wird man aber auch dem Betriebsverfassungsgesetz unterstellen können<sup>28)</sup>, nicht anders als sie vom Weimarer Betriebsrätegesetz ausging, das ja auch nur noch ein kümmerlicher Ausfluß der Rätebewegung gewesen war. Ein weiteres Erklärungsmoment für das Verhalten ist die veränderte soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft. Sie setzte sich in den fünfziger Jahren zu ca. 3 Millionen, d. h. zu etwa einem Viertel, aus Menschen zusammen, die als Vertriebene und Flüchtlinge besonders hart von Krieg und Kriegsfolgen betroffen waren<sup>29)</sup>. Die daraus zeitweilig abgeleitete Prognose vom „neuen Proletariat“ erwies sich zwar als falsch, aber diese Gruppe zeigte nicht nur eine gewisse Distanz zur Arbeiterbewegung, sondern sie wurde auch durch ein ausgeprägtes Leistungsverhalten charakterisiert. Insofern läßt sich die für die Vertriebenen insgesamt formulierte These vom „Modernisierungsschub unter konservativen Vorzeichen“<sup>30)</sup> auch auf die Arbeiterschaft übertragen.

<sup>26)</sup> L. Niethammer, Strukturreform und Wachstumspakt, in: H. O. Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, Köln 1975, S. 303–358, hier: S. 355–358.

<sup>27)</sup> Ch. Kleßmann, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945–1952, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 70.

<sup>28)</sup> D. Buchhaas (Anm. 25), S. 300.

<sup>29)</sup> J. Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970, Frankfurt 1984, S. 111.

<sup>30)</sup> P. Waldmann, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen, in: J. Becker u. a. (Hrsg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1979, S. 188.

Über Entstehung und Abwicklung des *Lastenausgleichgesetzes* — auf den keineswegs unbedeutenden Vorläufer, das „Soforthilfegesetz“, gehe ich hier nicht ein — gibt es umfangreiches Material<sup>31)</sup>. Wenig ist dagegen über seine psychologischen und politischen Wirkungen bekannt. Der Grundsatzstreit ging um die Alternative: sozialer oder quotaler Ausgleich. Das Ergebnis konnte kaum anders ausfallen als ein Kompromiß zwischen beiden Konzeptionen, freilich mit starker Betonung des quotalen Prinzips, das vor allem die Vertriebenenorganisationen forderten. Erich Ollenhauer bezeichnete den Lastenausgleich in der Entstehungsphase des Gesetzes als „zweites Grundgesetz“<sup>32)</sup> und charakterisierte damit sein beträchtliches politisches Gewicht. Das Gesetz, das ursprünglich als komplementäre Ergänzung zur Währungsreform mit ihren großen sozialen Härten gedacht war, aber erst vier Jahre später das Licht der Welt erblickte, konnte diesem hohen Anspruch nicht gerecht werden. Als „größte Vermögensabgabe der Geschichte“<sup>33)</sup> läßt es sich auch nur in einem ganz formalen Sinne verstehen, denn zu einer spürbaren Umschichtung der Ver-

mögensverteilung hat der Lastenausgleich nicht beigetragen.

Im Sinne der oben erwähnten These von der sozialen Absicherung der Westintegration hat das Gesetz jedoch zweifellos eine wichtige Signalfunktion gehabt. Es versprach ein Stück Wiederherstellung „des Alten“ im neuen Staat und ein Stück materieller Sicherheit, auch wenn die Realisierung noch einige Jahre auf sich warten ließ. Mit dieser Perspektive wurde das vorhandene Radikalisierungspotential unter den Vertriebenen partiell abgeschöpft. Dem BHE gelang zwar 1953 noch der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag, und in den Landtagen der Flächenstaaten spielte er noch eine beträchtliche Rolle, aber gegen die Sogwirkung und die paralysierende Kraft einer Regierungspartei, die soziale Sicherheit mit der Option für den Westen verband und dabei auch auf schnelle Erfolge hinweisen konnte, war auf die Dauer wenig auszurichten. Insofern hat die Politik gegenüber den Vertriebenen zur inneren Stabilisierung wesentlich beigetragen, so schrill auch manche Töne nach Osten noch ausfielen.

#### IV. Fazit

Versucht man die Historiographie zum Thema grob zu resümieren, so zeigt sich, daß nach der z. T. allzu pauschalen, in ihrer Stoßrichtung als Korrektiv allerdings wichtigen und notwendigen Restaurationskritik der späten sechziger und siebziger Jahre mittlerweile das Pendel eher wieder in die andere Richtung ausschlägt. Es ist zugegebenerweise kaum möglich, in der außen- und innenpolitischen Konstellation, deren Grundzüge sich in der Phase der Besatzungszeit herausgebildet hatten, realitätshaltige Alternativen zu rekonstruieren. Daraus zu folgern, der Westkurs und seine gesellschaftspolitische Implikation seien die einzige mögliche Option gewesen, würde dennoch eine allzu deterministische Sicht der vierziger und

fünfziger Jahre bedeuten. Auch nach den entscheidenden Weichenstellungen der späten vierziger Jahre mit dem offenen Durchbruch des Kalten Krieges mußte die außen- und gesellschaftspolitische Entwicklung nicht so verlaufen, wie sie verlief.

Vieles mag aus der Rückschau eindeutiger als in der zeitgenössischen politischen Wahrnehmung vorgezeichnet erscheinen. Aber gerade weil das so ist, sollte es zu den Tugenden des Historikers gehören, alternative Vorstellungen ernsthaft zu erörtern. Die Kritiker aus der Arbeiterbewegung, die Emigranten und Widerstandskämpfer, die sich ein anderes Deutschland gewünscht hatten<sup>34)</sup>, haben ein Recht darauf, auf diese Weise ein Stück Offenheit historischer Vorstellungen wiederhergestellt zu sehen und nicht dem höhnischen Verdikt des Scheiterns in einer Geschichtsschreibung zu verfallen, deren Kategorien primär an der Geschichte der Sieger orientiert sind.

<sup>31)</sup> Vgl. zum bislang wenig untersuchten Lastenausgleich P. P. Nahm, Lastenausgleich und Integration der Vertriebenen und Geflüchteten, in: R. Löwenthal/H.-P. Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 818–841; R. Schillinger, Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952, St. Katharinen 1985.

<sup>32)</sup> Sopade-Informationsdienst Nr. 922 (Juni 1952), S. 26.

<sup>33)</sup> G. Bucerius in, Die Zeit v. 13. 4. 1979.

<sup>34)</sup> Vgl. als ein Beispiel P. Mertz, Und das wurde nicht ihr Staat. Erfahrungen emigrierter Schriftsteller mit Westdeutschland, München 1985.

# Die westdeutsche Nachkriegsgeschichte in Lehrplänen und Schulbüchern

Zur Rezeption der Forschung, aufgezeigt an ausgewählten Beispielen

## I. Lehrpläne für die Sekundarstufe I (Jürgen Müller)

1. In den Lehrplänen aller Bundesländer ist man sich einig, daß die Schüler der Sekundarstufe I im Fach Geschichte (oder wie auch immer das Fach genannt wird) die Entwicklung der Bundesrepublik in ihren Lernstoff aufnehmen sollen. Dabei können wir in der Diskussion der letzten zehn Jahre sicherlich mit Genugtuung feststellen, daß der Stellenwert der Nachkriegsgeschichte im Geschichtsunterricht gestiegen ist. Wurde anfänglich diese Thematik mit einem gewissen Zögern angefaßt — aus welchen (verständlichen) Gründen auch immer —, so kann heute festgestellt werden, daß in allen Lehrplänen der Bundesländer diese Thematik ihren festen Platz hat und durch entsprechende Verbindlichkeit die Lehrer diese Themen in ihren Unterricht aufnehmen. Doch stellen sich uns dabei Fragen:

— Können wir mit dem, was in den Lehrplänen, Schulbüchern etc. über die Entwicklung der Bundesrepublik steht, angesichts neuer Forschungsergebnisse noch zufrieden sein?

— Auf welches Fundament wird die Entstehungsgeschichte und die Weiterentwicklung der Bundesrepublik gestellt?

— Reicht dieses Fundament aus, den Schülern auch eine Identifikation mit dem Staat zu geben, in dem sie leben?

— Haben wir die Entwicklungsphasen bis in die fünfziger Jahre den veränderten Forschungsergebnissen angepaßt und die feststehenden Ergebnisse kritisch beleuchtet?

Diese wenigen Fragen verdeutlichen, in welcher Richtung die Diskussionen in den letzten Jahren geführt wurden. Im wesentlichen waren sie vorgegeben durch neue Forschungsergebnisse, die durch die Aufhebung der Sperrfristen der Archive in England und den USA möglich wurden.

2. Betrachtet man die Lehrpläne unserer Bundesländer, so können wir für alle Lehrpläne festhalten, daß das Thema „Entwicklung Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg“ in verschiedenster Themenstellung überall zu behandeln ist. Je nach Akzentuierung des Faches (Geschichte, Gesellschaftslehre) werden jedoch unterschied-

liche Schwerpunkte gesetzt. Im folgenden wird anhand der Lehrpläne der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg exemplarisch gezeigt, wie in diesen Bundesländern die Thematik behandelt werden soll.

*Nordrhein-Westfalen: Realschule, Klasse 10:* Das Fach Geschichte gehört hier in den Bereich der Gesellschaftslehre und wird einstündig in der Klasse 10 unterrichtet<sup>1)</sup>. Der Unterrichtsabschnitt 18 a lautet: „Der Ost-West-Gegensatz (1945—1949)“. Hier werden genannt: Konferenz von Potsdam, Ost-West-Gegensatz, Neuordnung Deutschlands, gegensätzliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorstellungen, Blockbildung.

*Inhaltliche Aspekte:* Gesellschaftssysteme — Kalter Krieg — Marktwirtschaft — zentrale Verwaltungswirtschaft. Im Unterrichtsabschnitt 19 „Die Bundesrepublik und die DDR von 1945 bis zur Gegenwart“ sollen die Schüler erkennen, daß sich vor dem Hintergrund des Ost-West-Gegensatzes auf dem Gebiet des Deutschen Reiches aus den Besatzungszonen der Westmächte und der UdSSR zwei Staaten bilden. Ähnlich lautet die Thematik auch im Lehrplan des Gymnasiums. Die genannten Stichworte finden wir dort wieder.

*Hessen:* Hier wird in Kapitel 14 der Zusammenbruch des Deutschen Reiches beschrieben<sup>2)</sup>. Schwerpunkt ist die Bildung der deutschen Länder, die Entwicklung Deutschlands seit 1945, die Deutsche Frage. Die Einzelfragen gruppieren sich um die Themen „Länder und Landesverfassung“, „Grundgesetz und Verfassung der DDR“. Schlagworte sind: Marshallplan, Währungsreform, Soziale Marktwirtschaft.

*Bremen:* Hier lautet das Thema „Deutschland nach 1945“<sup>3)</sup>. Es wird auf die Pläne und Vereinba-

<sup>1)</sup> Richtlinien und Lehrpläne für die Realschule in NRW 1980.

<sup>2)</sup> Gesellschaftslehre Sekundarstufe I: Rahmenrichtlinien 1982, Geschichte.

<sup>3)</sup> Lehrplanentwurf Gesellschaft/Politik, Mai 1982, Realschule Kl. 10;

rungen der Alliierten abgezielt. Die Frage der staatlichen Organisation sei offen. Auch hier finden wir die Begriffe: Soziale Marktwirtschaft, Währungsreform, Kalter Krieg. Das Thema, das im Gymnasium gleichlautend behandelt wird, gilt als verbindlicher epochenspezifischer Schwerpunkt, so daß etwa 15 Stunden anzusetzen sind; es erstreckt sich bis zum Grundlagenvertrag 1972. Es wird also, ausgehend von 1945, die gesamte Bandbreite bis in die heutige Zeit in eine Unterrichtsreihe gefaßt.

*Baden-Württemberg:* Hier werden der Ost-West-Konflikt und die Entwicklung in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg behandelt<sup>4)</sup>. Es geht im wesentlichen um die Errichtung der Besatzungszonen nach der bedingungslosen Kapitulation. Als politische und wirtschaftliche Weichenstellungen in den Besatzungszonen werden genannt: Die Londoner Viermächtekonferenz 1947, Münchener Ministerpräsidentenkonferenz vom 6./7. Juni 1947. In der Realschule endet die Behandlung dieser Thematik mit der Entstehung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949. Das Gymnasium verfügt über insgesamt 60 Schulstunden für diesen Lehrplan pro Schuljahr, die Realschule über 50 Stunden.

*Rheinland-Pfalz:* Deutschland wird als Objekt der Siegermächte gesehen. Die Entstehung der Bundesrepublik wird vornehmlich im Zusammenhang der Ost-West-Spannung dargestellt, ebenso wird die Westintegration unter Adenauer als Voraussetzung für ihre Souveränität bewertet<sup>5)</sup>.

3. Die Lehrplananalyse zeigt, daß sich die Thematik der Nachkriegsgeschichte an den Vorstellungen orientiert, die in den sechziger und siebziger Jahren geprägt wurden. Neuere und neueste Forschungsergebnisse sind, wenn überhaupt, nur spärlich berücksichtigt. Gerade diese neueren Forschungen über die Bedeutung der wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und des Aufschwungs vor der Währungsreform sowie des Wirtschaftsrates sind in die Lehrpläne noch nicht aufgenommen. Die Wirtschaftspolitik in den Westzonen wird hauptsächlich am Marshallplan und an der Währungsreform aufgezeigt, die Wirtschaftsordnungen stehen im Zeichen des dominierenden Ost-West-Gegensatzes.

Darüber hinaus wird der Handlungsspielraum der Deutschen erst mit dem Entstehen der großen Parteien dargestellt. Das Erreichen der Staatlichkeit, ausgehend von der sogenannten Stunde Null, steht im Vordergrund. Die sich daraus entwickelnde „Deutsche Frage“ verdrängt im wesentlichen die differenzierte Darstellung, daß die Bundesrepublik letztlich von Menschen regiert und mitgestaltet wurde, die bereits in der Weimarer Republik Verantwortung trugen, ja dort ihre

politische Prägung erhielten. Gerade die Forschungsergebnisse Steiningers zeigen deutlich, daß wir nach dem Öffnen der englischen und amerikanischen Archive diese Thematik neu analysieren und darstellen müssen. Über die Last des nationalsozialistischen Erbes schweigen die Lehrpläne. Die schwierige Frage der Verantwortlichkeit bleibt unbewertet. Die Leitlinie, die sich in allen Lehrplänen zeigt, führt unter Verwendung der uns bekannten Begriffe von 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 und darüber hinaus — eingebettet in den Ost-West-Konflikt — zur Politik der fünfziger Jahre. Bezeichnend erscheint mir die Feststellung des Forschungsberichtes 47<sup>6)</sup>: „Die Darstellungen der Entstehung der Bundesrepublik der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Weichenstellungen weisen teilweise eklatante Informationsdefizite auf.“

4. Nun sollte man nicht bei der Beschreibung einer „Negativbilanz“ stehen bleiben. In den von mir berücksichtigten Lehrplänen liegen natürlich auch Chancen für einen Unterricht, der mit diesen neuen Forschungsergebnissen gestaltet werden kann. Die in den Lehrplänen zum Teil sehr allgemeinen Formulierungen geben dem Unterrichtenden durchaus die Möglichkeit, im Detail die oben erwähnten Forschungsergebnisse zu rezipieren und sie, didaktisch aufbereitet, im Unterricht umzusetzen. Schwierig wird es natürlich dort, wo die Fülle des Stoffes mit den Zeitangaben des Lehrplans kollidiert. Am Beispiel des Lehrplanes Rheinland-Pfalz (Realschule, Gymnasium) möchte ich kurz verdeutlichen, welche Möglichkeiten der Lehrer dort hat.

Der Lehrplan ist so angelegt, daß der Unterrichtsstoff in 25 Jahreswochen bewältigt werden kann. Das bedeutet, daß für das Fach Geschichte von Klasse 7 bis 10 fünfzig Stunden angesetzt werden. Da jedoch im Schuljahr ca. 60 bis 63 Stunden, je nach Dauer des Schuljahres, zur Verfügung stehen, hat der Lehrer die Möglichkeit, eine Schwerpunktbildung vorzunehmen, von der er meint, daß hier eine Vertiefung notwendig wäre. Somit kann der Lehrer in Klasse 10 das Thema „Deutschland ab 1945“ erweitern. Vorgesehen hat der Lehrplan dafür 9 Stunden; wenn also die Schwerpunktbildung bei diesem Thema geleistet werden soll, könnte man hier bis zu 10 Stunden hinzufügen. Diese Erhöhung auf ca. 19 Stunden könnte dazu dienen, die neuen Forschungsaspekte zu diesem Thema im Unterricht zu beleuchten. Hier bietet der Lehrplan eine Freiheit, die es zu nutzen gilt.

Die anderen untersuchten Lehrpläne arbeiten entweder mit festumrissenen Stundenrastern, oder sie weisen neben verpflichtenden Themen — wie

<sup>4)</sup> Lehrplan Gymnasium Kl. 10, Lehrpläneinheit 5.

<sup>5)</sup> Stoffbereich 33 des Lehrplans Geschichte: Deutschland nach 1945, Realschule /Gymnasium.

<sup>6)</sup> Forschungsbericht 47, M. Hättich u. a., Die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Politik- und Geschichtsbüchern, Melle 1985, S. 419 ff.



etwa Bremen — Zusatzthemen aus. Hier wiederum besteht die Möglichkeit, eine Schwerpunktbildung innerhalb des Schuljahres vorzunehmen. Diese Möglichkeiten zu nutzen, ist nun Aufgabe des einzelnen Lehrers. Allerdings bedarf es zweier wichtiger Voraussetzungen, um dies durchzuführen: Zum einen müßten die neuen Forschungsergebnisse möglichst auch in den Lehrbüchern stehen, zum anderen müßten die Lehrer selbst mit diesen Forschungsergebnissen vertraut sein. Beim ersten Punkt sind Lehrbuchautoren und Verlage verantwortlich, beim zweiten Aspekt ist der Staat gefordert, und zwar in der Institution der Lehrerfortbildung.

## II. Schulbücher für die Sekundarstufe I und II (Heinz Pfefferle)

Als repräsentative Auswahl wurden folgende Schulbücher untersucht: 1. Geschichte (B. Heinoth), Ausgabe B, Bd. 4, 1982; 2. Zeiten und Menschen (E. Goerlitz/J. Immisch), Neue Ausgabe B, Bd. 4, (BW), 1984; 3. Geschichtliche Weltkunde (J. Hoffmann/E. Krautkrämer), Bd. 4, 1984; 4. Geschichte und Gegenwart (H. U. Rudolf/E. Walter), Bd. 4 (BW), 1984; 5. Politik und Gesellschaft (W. Kampmann/B. Wiegand), Bd. 2, 1981; 6. Zeiten und Menschen (R.-H. Tenbrock/K. Kluxen/E. Goerlitz), Ausgabe K, Bd. 4/II, 1986<sup>1)</sup>.

Erstaunlich ist bei der kritischen Durchsicht dieser Bücher die starke Uniformität bezüglich der Schwerpunktsetzung. Die Stoffauswahl aller dieser Bücher ist nahezu identisch. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Nachkriegszeit keineswegs gleichförmig geschildert wird, sondern im Gegenteil unterschiedliche Akzentsetzungen stattfinden. Unabhängig von Schultyp und Jahrgangsstufe werden die Schwerpunkte der Darstellung auf folgende Bereiche gelegt: die Potsdamer Konferenz und die unmittelbare Nachkriegszeit im Jahr 1945; der Kalte Krieg und die Berlinblockade; die unmittelbare Vorgeschichte der Bundesrepublik (mit der Überreichung der Frankfurter Dokumente beginnend); die Parteienlandschaft; die Westintegration der Bundesrepublik.

Eindeutig liegt der Akzent auf der sogenannten „Stunde Null“. Thematisch liegt der Schwerpunkt bei der Frage der Staatlichkeit: Die Zerschlagung des Nationalstaats, die Grenzziehungen, der Verlust der Souveränität und ihre allmähliche Wiedergewinnung werden in allen Schulbüchern ausführlich behandelt. Bedenklich ist dabei der Um-

<sup>1)</sup> Wie bei den Lehrplänen ist auch bei den Schulbüchern die Beschränkung auf eine Auswahl unumgänglich. Die damit verbundene Problematik ist den Autoren bewußt. Ein besonders positives Beispiel wird deshalb zur Markierung des Wünschenswerten an das Ende der beiden Analysen gestellt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß bei dieser Thematik das eigenverantwortliche Handeln des Lehrers gefordert ist, um der kommenden Schülergeneration die Thematik auf der Basis der neuesten Forschungsergebnisse darzustellen. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, auch unsere Lehrpläne mit der Zeit diesen Erfordernissen anzupassen. Von daher wären Überlegungen zu entwickeln, wie Anregungen durch Forschung und Praxis in die Lehrpläne durch Zusatzmaterialien aufgenommen werden können. Zunächst gilt es, auf der Grundlage der vorhandenen Lehrpläne möglichst die Freiheiten zu nutzen, die dem Lehrer gegeben sind.

stand, daß die Frage der deutschen Spaltung andere Themen ganz verdrängt. Nicht berührt wird der Zeitraum zwischen 1946 und 1948. In sachlicher Hinsicht ist es die Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die dieser Darstellungsweise zum Opfer fällt. Unabhängig von Schulart und Jahrgangsstufe erfahren die Schüler so gut wie nichts über

- die wirtschaftliche Entwicklung von 1946 bis 1948,

- die Diskussion über die Wirtschaftsordnung in Westdeutschland und die Weichenstellung in neo-liberale Richtung sowie

- über antikapitalistische Strömungen in den Westzonen und Sozialisierungsversuche außerhalb der SBZ<sup>1a)</sup>

Umgekehrt wird des öfteren die Spaltung des Berliner Magistrats im Zeichen der Berliner Blockade ausführlich geschildert — um nur ein Beispiel zu nennen.

In allen Schulbüchern wird — ausnahmslos — die Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit für die Westzonen auf zwei Punkte reduziert: die Marshallplanhilfe und die Währungsreform. Der Schüler muß so den Eindruck gewinnen, als habe die wirtschaftliche Entwicklung in den Westzonen erst im Jahr 1948 begonnen.

Aber selbst innerhalb dieser Themenbereiche finden sich erstaunliche Lücken: Die meisten Schulbücher schweigen sich darüber aus, daß mit der Währungsreform plötzlich eine Fülle vorher nicht erhältlicher Güter angeboten wurden — für die Zeitgenossen immerhin einer der wichtigsten Aspekte. Sofern diese Tatsache überhaupt vermerkt wird, geschieht dies ohne jede Erklärung über die Herkunft der Waren. Der Schüler kann sich nicht erklären, warum es in einem Land, des

<sup>1a)</sup> Nur in Geschichtliche Weltkunde, Bd. 4, S. 144, wird über beides berichtet.

sen Armut in Wort und Bild vorher breit und beredt geschildert wird, eine solche Warenfülle überhaupt gegeben haben konnte. Die Lücke zwischen der „Stunde Null“ 1945 und dem zweiten Halbjahr 1948 wirkt sich hier im Hinblick auf das Verständnis geschichtlicher Zusammenhänge bedenklich aus. Seltsam berührt bei der lapidaren Kürze der Darstellung der Währungsreform, wenn ein Oberstufenband penibel vermerkt: „Für die Ausgabe und Kontrolle der neuen, in den USA gedruckten Banknoten wurde die *Bank Deutscher Länder* geschaffen, aus der die Deutsche Bundesbank hervorgegangen ist.“<sup>2)</sup> Typisch erscheint hier die Überbetonung des institutionellen Aspekts — Geschichte wird zur Geschichte bundesrepublikanischer Institutionen verkürzt<sup>3)</sup>. Dasselbe Schulbuch erwähnt mit keinem Wort die sozialen Folgen der Währungsreform, was übrigens um so grotesker wirkt, als zwanzig Seiten später ein „Gesetz über den allgemeinen *Lastenausgleich*“ erwähnt wird, von dem der Schüler weder hier noch dort erfährt, was dies eigentlich bedeutet<sup>4)</sup>. Auch andere Bücher schweigen sich über die sozialen Konsequenzen ganz aus. Es wird in diesem Zusammenhang nicht einmal erwähnt, daß Sachwerte vom Währungsschnitt unberührt gelassen wurden; offensichtlich wird vom Mittelstufenschüler erwartet, daß er diese Konsequenz selber zieht. Ein anderes Buch erwähnt lediglich die „großen Gewinne“ aus Unternehmertätigkeit aus der Zeit nach der Währungsreform<sup>5)</sup>. Gleichwohl stellt eben dieses Buch am Ende dieses Kapitels die Frage: „Am 21. 6. 1948 besaß jeder Einwohner der Westzonen nur 40,— DM in neuer Währung; warum blieben trotz (!) der Währungsreform große Vermögensunterschiede bestehen?“<sup>6)</sup> Da dem Schüler die zur Beantwortung dieser Frage notwendigen Fakten vorenthalten werden, kann er nur spekulativ die Sonderstellung der Sachwerte ermitteln.

Ähnlich lückenhaft und mißverständlich bleibt die Darstellung des zweiten Schwerpunkts der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit, des Marshallplans. Von ihm vermerkt ein Oberstufenband nur lapidar, daß dieses Hilfsprogramm „der politischen und wirtschaftlichen Stärkung der europäischen Länder“ dienen sollte<sup>7)</sup>. Nur wenig verständlich für Schüler der Mittelstufe dürfte die Erklärung eines anderen Buches sein, daß durch den Marshallplan die europäische Industrieproduktion beträchtlich gesteigert werden sollte, „um

das Gleichgewicht von Import und Export wiederherzustellen“<sup>8)</sup>. Nur ausnahmsweise werden die Hintergründe für dieses „großzügige Hilfsprogramm“<sup>9)</sup> erklärt: „Das Hilfsprogramm entsprach auch den Interessen der amerikanischen Wirtschaft, für die es Absatzmärkte für ihre Produkte schuf.“<sup>10)</sup> Dieser Satz zeigt zugleich, daß es keine Frage des Umfangs ist, eine historisch korrekte Darstellung zu geben. Analog wird übrigens bei der Gründung der Bizone meistens übergangen, daß hierbei die Entlastung des britischen Steuerzahlers eine zentrale Rolle spielte. Da nur die wirtschaftliche Notlage der Westzonen erwähnt wird, muß sich beim Schüler die Vorstellung einer wesentlich karitativen Haltung der Westmächte einstellen.

Ein letztes Beispiel für das Ausblenden ökonomischer Zusammenhänge in der Nachkriegsgeschichte: Das Potsdamer Protokoll wird in allen Schulbüchern ausführlich wiedergegeben. Es nimmt meist etwa ein Fünftel der Gesamtdarstellung des Zeitraums von 1945 bis 1949 ein. Während der Aspekt der staatlichen Einheit umfassend wiedergegeben wird, bleiben die wirtschaftlichen Bestimmungen des Protokolls fast immer außer Betracht: Über Produktionsbeschränkungen im industriellen Bereich, Entflechtungsmaßnahmen und Sozialisierungsabsichten bei Großgrundbesitz und Industrie im Bereich der Westzonen erfährt der Schüler nur ausnahmsweise etwas.

Die Nachkriegsgeschichte Westdeutschlands wird insgesamt fast ausschließlich unter den Aspekt des Ost-West-Konflikts gestellt mit der Folge, daß fast alle anderen Konfliktfelder übergangen werden. Die Währungsreform beispielsweise wird nur positiv, ja apologetisch dargestellt: „Der angestrebte Wirtschaftsaufbau bedingte einen geordneten Geldumlauf. Daher verkündeten die Westmächte für ihre Zonen am 18. Juli 1948 die Währungsgesetze ... Umgetauscht wurde die alte gegen die neue Währung in beiden Teilen Deutschlands etwa im Verhältnis 10 : 1; anfangs bekam jeder nur ein bestimmtes ‚Kopfgeld‘ von 40,— bzw. 70,— ‚Deutsche Mark‘.“<sup>11)</sup> Diese beiden Sätze enthalten nicht nur sachliche Fehler, sondern suggerieren, daß die Umtausch- und Umwertungsmodalitäten ohne jede Alternative gewesen seien, obwohl es allein von seiten deutscher Experten zahlreiche Pläne gab.

Nach dem bisher Gesagten kann es nicht mehr verwundern, wenn in einer Reihe von Büchern erst gar nicht thematisiert wird, daß es in den Westzonen eine intensive ordnungspolitische Debatte gab. Es ist eine große Ausnahme, wenn der

2) Politik und Gesellschaft, Bd. 2, S. 202.

3) In den neuesten Schulbüchern scheint der Trend dahin zu gehen, den Frankfurter Wirtschaftsrat stärker zu behandeln, dies jedoch unter dem Aspekt der institutionellen Vorläuferschaft und nicht so sehr der wirtschaftspolitischen Alternativen.

4) Politik und Gesellschaft, Bd. 2, S. 224.

5) Zeiten und Menschen, Bd. 4, Neue Ausgabe B, S. 152.

6) Ebenda, S. 153.

7) Zeiten und Menschen, Ausgabe K, Bd. 4/II, S. 35.

8) Geschichte (Heinloth), Bd. 4, S. 189.

9) Ebenda.

10) Zeiten und Menschen, Bd. 4, Ausgabe B, S. 156; ähnlich formuliert bei Geschichte (Heinloth), (Anm. 8).

11) Geschichtliche Weltkunde, Bd. 4, S. 149.

Schüler darüber informiert wird, daß es auch in den Westzonen Sozialisierungsabsichten und Enteignungsmaßnahmen gab<sup>12)</sup>. Die Meinungsunterschiede darüber zwischen der amerikanischen und der britischen Regierung werden nirgends erwähnt. Meist wird auch erst gar nicht thematisiert, daß die Freigabe der Preise durch Ludwig Erhard heftig umstritten war: „Zugleich (mit der Währungsreform) hob der Direktor der ‚Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet‘, Ludwig Erhard, die Rationierung der meisten Industrieprodukte auf. Produktion und Handel belebten sich schnell, nach wenigen Monaten konnte auch die Rationierung der Lebensmittel aufgehoben werden. Da Löhne und Gehälter noch recht niedrig, die Preise aber hoch waren — es also keinen Kaufkraftüberhang mehr gab —, blieb nicht nur der Wert des neuen Geldes stabil, sondern die Fabriken konnten auch aus ihren großen Gewinnen ihre Produktionsstätten modernisieren und erweitern und damit neue Arbeitsplätze schaffen.“<sup>13)</sup>

Zwar wird später die Vermögenskonzentration als negative Folge erwähnt, es bleibt aber insgesamt ein apologetischer Tonfall zu konstatieren. Negativentwicklungen der Währungsreform wie etwa starker Preisanstieg (der den Wert der neuen Währung innerhalb weniger Monate um ein Fünftel reduzierte), die Verdoppelung der Arbeitslosigkeit und die stark sinkenden Erträge der Landwirte werden völlig übergangen. Über die Beweggründe und Alternativvorstellungen der Gegner Ludwig Erhards erfährt man nur in einem einzigen der untersuchten Schulbücher etwas<sup>14)</sup>.

Das Bestreben, bei den Schülern eine Identifikation mit dem Weststaat herzustellen, ist in allen Schulbüchern deutlich, mit der Folge, daß alle Konflikte innerhalb seiner Entstehungsphase faktisch negiert werden<sup>15)</sup>.

Obwohl der Außenpolitik und insbesondere der Westintegration viel Raum gewidmet wird, bestehen auch hier erstaunliche Lücken. Es fehlt zwar nicht ein Abschnitt über die Stalin-Note, an der Alternativen zur Westintegration aufgezeigt werden, und es ist schon eine Ausnahme, wenn sie gar nicht erwähnt wird. Udo Margedant meint sogar konstatieren zu können: „Während die deutsch-französische Verständigung in der Regel mit knappen Hinweisen gewürdigt wird, erregt die Stalin-Note von 1952 erhebliche Aufmerksamkeit.“<sup>16)</sup>

Die Verknüpfung von Außen- und Innenpolitik dagegen wird nicht geleistet. Daß das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 den Gewerkschaften die Westorientierung der Regierung Adenauer akzeptabel machen sollte, wird nirgends erwähnt. Primär liegt dies nun freilich wieder an den Schwächen des innenpolitischen Teils: Die eine Hälfte der untersuchten Bücher erwähnt das wichtige Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 gar nicht, die andere Hälfte beschränkt sich auf denkbar knappe Hinweise. Typisch ist etwa die folgende Formulierung: „Schon 1951 wurde die paritätische Mitbestimmung (d. h. die gleichberechtigte Vertretung der Aktionäre und Arbeitnehmer in der Betriebsführung) von CDU und SPD gemeinsam beschlossen; allerdings blieb das Mitbestimmungsgesetz auf die Betriebe des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie mit über 1 000 Beschäftigten eingeschränkt.“<sup>17)</sup> Weder die Vorgeschichte des Gesetzes in der englischen Besatzungszeit, noch das dahinterstehende politische Kalkül werden erwähnt. Außerdem schließt sich der zitierte Abschnitt an eine Passage über die Rentenreform von 1957 an, so daß dem Schüler als Anleitung zur Einordnung eher ein diffuser sozialer Gerechtigkeitsgedanke angeboten wird, als eine grundsätzliche Alternative in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

### III. Schulbücher der berufsbildenden Schule (Doris Obschernitzki)

Die klassische Vermittlungsinstanz Schule tut sich von jeher schwer mit der Umsetzung neuester Forschungsergebnisse. Dazu tragen zum einen die Bedingungen des Schulbuchmarktes bei, zum anderen die Probleme, vor die sich jeder Lehrer gestellt sieht, wenn er Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnehmen will. Für die berufsbildenden Schulen (BBS) verschärfen sich die Bedingungen zu-

dem durch den eingeschränkten zeitlichen Rahmen für die Unterrichtsfächer Sozialkunde und Geschichte. So war auch nicht zu erwarten, daß die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse über

<sup>12)</sup> Ebenda, Bd. 4, S. 144.

<sup>13)</sup> Zeiten und Menschen, Bd. 4, Neue Ausgabe B, S. 152.

<sup>14)</sup> Geschichte und Gegenwart, Bd. 4, S. 76 f.

<sup>15)</sup> Dies gilt für den Darstellungs- und den Bildteil. Nirgends findet sich etwa ein Bild mit Protesten.

<sup>16)</sup> U. Margedant, Deutsche Geschichte nach 1945. Geschichtlichkeit und Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Hättich u. a., Die politische Grundordnung der Bundesrepublik in Politik- und Geschichtsbüchern, Melle 1985, S. 502. Margedant fordert übrigens nicht nur die Identifikation des Schülers mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern darüber hinaus „mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik“ und „positive Identifikationsmöglichkeiten“ mit ihr (S. 500).

<sup>17)</sup> Geschichtliche Weltkunde, Bd. 4, S. 163.

die frühe Nachkriegszeit unmittelbar Eingang in die Schulbücher finden würden.

Nachdem viele Forschungsergebnisse nun teilweise schon seit zehn Jahren vorliegen und inzwischen weiter differenziert wurden, scheint es allerdings dringend geboten, von bestimmten tradierten und liebgewonnenen Nachkriegslegenden Abschied zu nehmen. Wie dringend diese Änderung ist, zeigt eine Bestandsaufnahme der Darstellungen früher Nachkriegsentwicklungen in Lehrbüchern für die berufsbildenden Schulen.

Der Untersuchung lagen 17 Bücher zugrunde, die für den Gebrauch an bundesdeutschen Schulen zugelassen sind<sup>1)</sup>. Drei davon sind Materialiensammlungen, drei weitere nicht speziell, alle anderen ausdrücklich für die BBS konzipiert. Zum Vergleich wurde ein neueres, 1982 erschienenenes Geschichtsbuch der Sekundarstufe II (Gymnasium) herangezogen<sup>2)</sup>, um einen nicht nur immanenten Maßstab zu gewinnen. Von den 17 Büchern sind nur zwei vor 1975 erschienen, acht in den Jahren von 1975 bis 1979, sieben seit 1980. Diese letzteren enthalten auch überarbeitete Neuauflagen, deren erste Fassungen zwischen 1975 und 1979 erschienen sind. Neun der Bücher sind ausdrücklich als Sozialkundebücher ausgewiesen, acht als Geschichtsbücher.

In der Darstellungsform überwiegt die zusammenfassende Darstellung durch die Autoren, wobei drei Bücher keinerlei Quellenmaterial enthalten. Zwei beschränken sich für den zu untersuchenden Zeitraum auf die Wiedergabe einer Da-

1) Abelshäuser u. a., *Geschichte in Perspektiven*, o. O. (Hamburg) 1977 = Nr. 1; Andrae, *Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen*, Hamburg 1979 = Nr. 2; Andrae, *Sozialkunde für berufsbildende Schulen*, Hamburg 1974 = Nr. 3; Bahr/Goetz/Rumpf, *Grundkurse Geschichte*, Darmstadt 1984 = Nr. 4; Bekker/Greiffenhagen, *Aufgaben für morgen*, Frankfurt-Berlin-München o. J. = Nr. 5; *Geschichte und Politik*, Bad Homburg vor der Höhe, 1983<sup>5</sup> = Nr. 6; Hansen/Hintze/Wächter, *Politik kritisch betrachtet*, Hamburg 1974 = Nr. 7; Hardt, *Entscheidungsfelder der Politik 1*, Rinteln 1979<sup>2</sup> = Nr. 8; Hartwig/Stoll, *Die Bundesrepublik 2*, Frankfurt-Berlin-München 1977<sup>4</sup> = Nr. 9; Helbig, *Politik im Aufriß 1*, Frankfurt-Berlin-München 1976<sup>4</sup> = Nr. 10; Hoefler/Schade, *Demokratie und Diktatur*, Bad Homburg v. d. Höhe 1983 = Nr. 11; Krautkrämer, *Die Bundesrepublik*, Frankfurt-Berlin-München 1975<sup>2</sup> = Nr. 12; Krautkrämer/Radbruch, *Wandel der Welt*, Bad Homburg v. d. Höhe 1975<sup>6</sup> = Nr. 13; Langer, *Freiheit — Ernte der Zeiten*, Rinteln 1985 = Nr. 14; Thurich, *Die Teilung Deutschlands*, Frankfurt-Berlin-München 1982 = Nr. 15; Thurich/Endlich, *Zweimal Deutschland*, Frankfurt-Berlin-München 1983<sup>2</sup> = Nr. 16; Wengert/Behringer/Scherm, *Sozialkunde*, Hamburg 1984<sup>40</sup> = Nr. 17.

In den folgenden Anmerkungen werden die Bücher mit ihren laufenden Nummern gekennzeichnet.

2) *Weltgeschichte im Aufriß 3/2*, Frankfurt-Berlin-München 1982; Themenheft: *Deutschland im Spannungsfeld der Siegermächte 1945 bis 1949*.

tenliste<sup>3)</sup>, die drei Materialiensammlungen bieten zusammenfassende Überleitungstexte.

In allen Büchern werden die alliierten Konferenzen, insbesondere die Potsdamer Konferenz, ausführlich — teilweise mit auszugsweiser Wiedergabe der Konferenz-Beschlüsse — vorgestellt. Es folgen eine Erläuterung des Systems der Besatzungsverwaltung und dann die Darstellung der Entwicklung in den Westzonen — die von Anfang an als Einheit gesehen werden — sowie die in der SBZ. Hier sind wichtige Themen die Zulassung der Parteien und die Bodenreform. Der nächste Punkt der Entwicklung ist für alle Darstellungen der Marshallplan, dem unmittelbar die Währungsreform angeschlossen wird. An dieser Stelle geben die meisten Bücher erläuternde Hinweise auf die weltpolitischen Entwicklungen, um dann über die Darstellung der Berlin-Blockade und die Erwähnung des Parlamentarischen Rates mit der Gründung der Bundesrepublik diesen Abschnitt deutscher Geschichte zu beenden. Die fünfziger Jahre werden zusammenfassend als erfolgreiches Ringen um die volle Souveränität vorgestellt, wobei Westintegration und Wiedervereinigungsbestrebungen überwiegend nicht als Gegensatz gesehen werden. Die Note der Sowjetunion von 1952 wird in acht Büchern erwähnt, aber kaum diskutiert<sup>4)</sup>.

So entsteht das Bild einer geradlinigen, mit Notwendigkeit aus den weltpolitischen Entwicklungen sich ergebenden Blockteilung Deutschlands, an der deutsche Stellen nicht beteiligt waren: „Die Zweiteilung Deutschlands hat ihre Ursache darin, daß zwei Mächte mit grundverschiedenen, einander ausschließenden Staats- und Gesellschaftsanschauungen von Deutschland Besitz ergriffen hatten. Die deutsche Spaltung geht also auf Hitlers Entschlüsse des Jahres 1941 zurück, sowohl mit Rußland als auch mit Amerika Krieg zu führen. Die späteren Ereignisse haben sich daraus mit nahezu schicksalhafter Zwangsläufigkeit ergeben.“<sup>5)</sup>

Sind sich in diesen Punkten alle einig, so beginnen die Unterschiede, sobald man die Bereiche als Kriterien nimmt, zu denen neue Forschungsergebnisse vorliegen. Für diese Betrachtung bleiben allerdings nur noch 14 Bücher übrig, da in dreien der Zeitraum so kurz abgehandelt wird — als Extrem enthält ein Buch einen einzigen (!) Satz, der die Jahre 1945 bis 1949 zusammenfaßt<sup>6)</sup> —, daß hier inhaltliche Differenzierungen nicht mehr möglich sind. Diese drei gehören in die Gruppe der Sozialkundebücher. In drei Geschichtsbüchern erscheint in einer Auflistung das Petersber-

3) Nr. 5, Nr. 11.

4) Nr. 1, Nr. 2, Nr. 6, Nr. 8, Nr. 11, Nr. 12, Nr. 13, Nr. 15.

5) Nr. 2, S. 272.

6) Nr. 7.

ger Abkommen, und sechs Bücher sprechen die Problematik der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik an. Die Westorientierung beginnt frühestens 1948<sup>7)</sup>, in einem Buch erst 1955<sup>8)</sup>, sonst überwiegt 1949 (Gründung der Bundesrepublik) als Beginn. Die bedeutende Rolle des Frankfurter Wirtschaftsrates bei der Herausbildung des westdeutschen Teilstaates scheint nur in fünf Büchern auf<sup>9)</sup>, ohne allerdings weiter ausgeführt zu werden. Andere Bereiche, die in den letzten zehn Jahren Gegenstand der Forschung waren, werden überhaupt nicht erwähnt: Eine Darstellung bzw. Auseinandersetzung mit der Frage der Sozialisierung, der Industrieentwicklung der Jahre 1945 bis 1947, der Bodenreform in den Westzonen, der Montanmitbestimmung oder des Zusammenhangs von westdeutscher Wirtschaftsentwicklung und Korea-Krieg kommt kaum vor — weder in überlieferter, noch in neuerer Interpretation<sup>10)</sup>. Eine Ausnahme bildet hier nur die von Werner Abels hauser u. a. verfaßte „Geschichte in Perspektiven“, in der sowohl Sozialisierung als auch Frankfurter Wirtschaftsrat und der Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und Korea-Krieg angesprochen werden.

In die vorliegenden, für den Gebrauch in den berufsbildenden Schulen der Bundesrepublik zugelassenen Büchern sind also die neueren Forschungsergebnisse nicht eingegangen. Noch herrscht das Bild der total zerstörten deutschen Wirtschaft vor, für die erst durch den Marshallplan und die Währungsreform das „Wirtschaftswunder“ anbrach. Zu diesem Bild gehört auch die immer wieder behauptete Handlungsunfähigkeit deutscher Politiker, die höchstens im kommunalen Bereich Möglichkeiten gehabt hätten, eigene Vorstellungen einzubringen. Auch an diesem Punkt sind neuere, das Bild entscheidend verändernde Forschungsergebnisse noch nicht in die Schulbücher gelangt. Es fehlt vor allem die Behandlung des Formierungsprozesses deutscher gesellschaftlicher Gruppen außerhalb der zugelassenen Parteien. Weder Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbände noch die frühen Antifa-Ausschüsse werden erwähnt. In diesen Darstellungen bleibt „das Volk“ — zu dem schließlich auch die Schüler gehören, die aus dieser Geschichte lernen sollen — unbeteiligt, passiv. So bleibt festzuhalten, daß zumindest den Schülern der BBS immer noch ein Bild bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte vermittelt wird, das Deutschland als Spielball der Großmächte und die Teilung als weltpolitisch begründete Notwendigkeit sieht. In

7) Nr. 16.

8) Nr. 13.

9) Nr. 1, Nr. 6, Nr. 9, Nr. 10, Nr. 16.

10) Erwähnt werden: Industrie 45–47 3x; Sozialisierung 2x; Bodenreform (West) 1x; Montanmitbestimmung (1951) 5x; Korea-Krieg 5x; Gewerkschaften 1x; Parteien 8x. Zu beachten ist, daß diese Auflistung keinen Hinweis auf die Richtigkeit der Darstellung enthält.

dieser ‚großen Geschichte‘, deren Ablauf geprägt ist von Konferenzen und Konfrontationen, haben weder die Belange der ‚Kleinen‘ ihren Platz, noch kann die Darstellung Handlungsmöglichkeiten für sie aufzeigen.

Zieht man zum Vergleich eines der neueren, für die Sekundarstufe II (Gymnasium) erarbeiteten Lehrbücher heran<sup>11)</sup>, so fällt auf, daß es sich sowohl in der Form als auch im Inhalt wesentlich von den anderen unterscheidet. In ihm werden auf 296 Seiten differenzierte Dokumente zu allen Aspekten der Nachkriegszeit (mit neuen Forschungsergebnissen!) in systematischer Zusammenstellung dargeboten. Die Arbeit der Autoren bestand hier nicht mehr in einer zusammenfassenden Darstellung, die den Schülern die Wertung vorgibt, sondern in der Aufarbeitung der Problematik und der Auswahl der Quellen. Diese Form ermöglicht es den Schülern, Zusammenhänge zu erkennen und ein wertendes Urteil zu erarbeiten.

An dieser Stelle offenbart sich eine immer noch latent vorhandene unterschiedliche Wertung der Ausbildungen in unserem Schulsystem. Warum eigentlich kann den Schülern der BBS nicht Vergleichbares angeboten werden, wie es beispielhaft in dem gymnasialen Lehrbuch vorgelegt wurde? Sicher sind die Rahmenbedingungen andere, das darf nicht übersehen werden. Der allgemeinbildende Unterricht an berufsbildenden Schulen ist auf ein Minimum beschränkt. Zwei Schulstunden (90 Minuten) werden pro Woche z. B. für Deutsch und Sozialkunde zugestanden. Die Erwartungen, die an diesen Unterricht gestellt werden, bewegen sich im Rahmen der Vermittlung unmittelbar anwendbarer Kulturtechniken und führen dazu, daß z. B. der Sozialkundeunterricht überwiegend aus Institutionenlehre, Rechtskunde oder Volkswirtschaftslehre besteht. Dieser Ansatz kann jedoch bestenfalls einen Ist-Zustand beschreiben, niemals aber Entwicklungen aufzeigen. Somit werden auch keine Handlungsmöglichkeiten entwickelt und die Schüler — in den letzten Jahren ihrer Ausbildung zum überwiegenden Teil schon wahlberechtigt — kaum zu einem aktiven Politikverständnis gebracht, das sie sich als Subjekt politischen Geschehens in der Bundesrepublik erfahren ließe.

Der extrem begrenzte zeitliche Rahmen wird eine detaillierte Behandlung des Themas wie im Leistungskurs oder auch nur im Grundkurs des Gymnasiums sicher nicht erlauben. Dennoch müßten weder überholte Formen noch Inhalte mit dieser Begründung beibehalten werden. Auch unter den Bedingungen der BBS sollte Modernität und aktueller Forschungsstand Selbstverständlichkeit sein. Schließlich ist z. B. im neuen Rahmenplan für die Berliner BBS, der im laufenden Schuljahr in Kraft trat, ein Themenbereich „Deutschland im

11) Vgl. Anm. 2.

Spannungsfeld der Weltpolitik“ überschrieben und als Lernziel formuliert: „Kennenlernen der geschichtlichen Entwicklung und der Ursachen der Teilung Deutschlands“<sup>12)</sup>. Dies, zusammen

<sup>12)</sup> Rahmenplan für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule — Berufsbildende Schulen, Fach Sozialkunde, S. 24.

mit dem allgemeinen Lernziel „Fähigkeit zur kritischen Analyse politischer Alternativen und des Planungs- und Handlungsspielraums für die Verwirklichung“<sup>13)</sup>, fordert geradezu dazu auf, endlich mit der Umsetzung von neueren Forschungsergebnissen für die Schule zu beginnen.

<sup>13)</sup> Ebenda, S. 3.

Jürgen Müller/Uwe Uffelmann

## Aspekte der Diskussion in der Sektion

Die 5. Sektion „Die frühe Nachkriegszeit in Westdeutschland und ihre fachdidaktische Rezeption“ hatte zwei Diskussionsphasen: Die erste galt den vorgetragenen fachwissenschaftlichen Befunden und betraf u. a. die Gründe für die fehlende subjektive Wahrnehmung des wirtschaftlichen Aufschwungs vor 1949, die Nichtberücksichtigung des Aspekts der ethischen Neuorientierung wie der konstitutionellen Erneuerung in Westdeutschland seitens der Referenten, die Problematik, ob die Briten ein profundes Sozialisierungskonzept hatten (Steininger) und ob die USA wirklich von vornherein Sozialisierung ablehnten (D. Winkler), sowie die in ihrer Aktualität nicht nachlassende Frage nach den Alternativen zum Westkurs der Bundesrepublik am Anfang der fünfziger Jahre.

Die zweite Diskussionsphase folgte den Statements der Lehrer zu den Befunden ausgewählter Lehrpläne und Schulbücher. Die Bereitschaft, über die didaktische Relevanz der neuen Forschungsergebnisse nachzudenken, aber auch die Erkenntnis der Schwierigkeiten der Relevanzbestimmung wie der Umsetzung des als relevant Erkannten in schulische Medien kennzeichneten die Beiträge der die Sektion mittragenden Fachwissenschaftler, von denen einer an einem Schulbuch zu dieser Thematik mitarbeitet. Der die Sektion leitende Fachdidaktiker versuchte erstens, durch die Darstellung eines Beziehungsnetzes den Stellenwert der neuen Forschungsergebnisse in der didaktischen Reflexion als einen Faktor unter anderen zu markieren, um ein mögliches „Diktat“ der Fachwissenschaft auszuschließen, zum anderen anhand eines inhaltliche Befunde (Weichenstellungen und Alternativen) aufweisenden Rasters zu zeigen, „wie die Dinge aufeinander bezogen sind“, um die Notwendigkeit qualitativer Veränderung beim Überarbeiten der Schulbuchkapitel über die westdeutsche Nachkriegszeit zu ver-

deutlichen und ein nur additives Verfahren dabei auszuschließen.

Daß nicht alle Schulbücher neu geschrieben zu werden brauchen, kam u. a. dank des Beitrages eines Schulbuchautors im Plenum am konkreten Beispiel eines von den Referenten wohl im Manuskript entsprechend positiv verarbeiteten, aber beim Vortragen der Befunde nicht gesondert benannten Buches deutlich zur Sprache. Damit konnte gleichzeitig auf die Problematik verwiesen werden, die jeder Analyse einer Auswahl von Schulbüchern innewohnt: Jeder, der versucht, auf diesem Wege unzweifelhafte Tendenzen zu kennzeichnen, muß den Vorwurf der zu geringen Berücksichtigung oder gar der Ausblendung des Einzelfalles einberechnen und aushalten. Das markierte Defizit ist durch gegenteilige Einzelfälle durchaus noch nicht überwunden. So wurde die Intention der Sektion, den Abstand zwischen Forschungsstand und Schulbuchstandard aufzuzeigen, seitens des Vertreters eines bedeutenden Schulbuchverlages als wichtig und hilfreich für die Verlagsarbeit gewürdigt.

Den die Sektion mittragenden Lehrern ging es besonders um Konsequenzen der gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf Lehrplan- und Schulbuchautorengruppen sowie für die Lehrerfortbildung, aber auch um die Verantwortung des einzelnen amtierenden Lehrers für die permanente Überprüfung und Revision der zu vermittelnden Inhalte im Alltag der Schule. All dies führte zu der Erkenntnis, daß die Frage nach stringenten Relevanzkriterien als Grundlage für das Einbringen neuer Forschungsergebnisse in den schulischen Unterricht bisher nicht gelöst ist, es aber dringend erforderlich sei, Wege zu finden, welche die Geschichte als Eigentum der Gesellschaft mit Hilfe der Forschung und nicht mit ihrer verkürzten Abbildung zum Eigentum des Schülers werden zu lassen.

**Uwe Uffelmann: Frühe Weichenstellungen im Wirtschaftsparlament der Bizone. Ein Problemaufriß zum Verhältnis von Forschungsstand und Lehrplan-/Schulbuchstandard**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/86, S. 3—7

Dem Forschungsstand zu Aspekten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Bizone) und den wichtigsten im Frankfurter Wirtschaftsrat vollzogenen Weichenstellungen werden entsprechende Befunde in ausgewählten Schulbüchern und Lehrplänen gegenübergestellt, um die Fragestellung für die Sektionsarbeit zu entwickeln, an der Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Schule beteiligt sind.

**Werner Abelshäuser: Ein deutsches Entwicklungsmodell? Zur Rolle des Marshallplans beim Wiederaufbau der westdeutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/86, S. 8—14

Am Beispiel des Marshallplans wird die Revisionsbedürftigkeit mancher gängiger Vorstellungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands vor und nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt. Dabei wird die Bedeutung des Marshallplans für den Wiederaufbau der Wirtschaft nicht verkannt und das European Recovery Program in seiner Wirkung nicht gemindert, nur wird es in einen anderen Kontext gestellt, der besonders die bis Ende 1948 bereits erfolgten Schritte zu einem Aufschwung betrifft.

**Horst Lademacher: Sozialökonomische Weichenstellungen: Sozialisierung und Mitbestimmung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/86, S. 15—23

Der Verfasser zeigt frühe Interessen verschiedener deutscher politischer Kräfte an einer Sozialisierung von Schlüsselindustrien, kennzeichnet die eigenständige Politik der britischen Regierung in ihrem Willen, in ihrer Besatzungszone Sozialisierungen zu veranlassen, markiert das Scheitern der Bemühungen im Zuge der Verschärfung des Ost-West-Konflikts und der amerikanischen Interessengewichtung und berücksichtigt auch die Schwierigkeiten der Deutschen in dieser Situation. Am Beispiel der Mitbestimmung beschreibt er Prozeß und Abschluß der sozialökonomischen Neuordnungsphase in Westdeutschland und begründet den Kompromißcharakter, den die Lösung für die Vorstellungen der Gewerkschaften darstellte.

**Christoph Kleßmann: Westkurs und innenpolitische Stabilisierung der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/86, S. 24—30

Am Beispiel von britischer Besatzungspolitik, deren eigenständiger Ansatz herausgestellt wird, und Berliner Blockade, in der alternative Lösungen der deutschen Frage aufleuchteten, wendet sich der Autor gegen eine deterministische Sicht der ersten Nachkriegsjahre, nach der der Westkurs und seine gesellschaftspolitischen Implikationen die einzige mögliche Option gewesen wären. Die Frage, ob die Westorientierung noch einmal zur Disposition gestanden habe, wird am Fall der Stalinnoten und der britischen Initiative von 1953 diskutiert. Die Bedeutung der innenpolitischen Dimension des Westkurses im Hinblick auf die Zustimmung der Bevölkerung wird an der Mitbestimmung und dem Lastenausgleich belegt.

**Jürgen Müller/Doris Obschernitzki/Heinz Pfefferle: Die westdeutsche Nachkriegsgeschichte in Lehrplänen und Schulbüchern. Zur Rezeption der Forschung, aufgezeigt an ausgewählten Beispielen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/86, S. 31—38

Jürgen Müller untersucht ausgewählte Lehrpläne der Sekundarstufe I daraufhin, inwieweit sie neue Forschungen reflektieren und zeigt Unterrichtsmöglichkeiten für den aufgeschlossenen Lehrer auf. Heinz Pfefferle analysiert bekannte Schulbücher, die im Sekundarstufenbereich (Realschule, Gymnasium) Verwendung finden. Er markiert deutliche Defizite gegenüber neuen Erkenntnissen und nennt Alternativen. Doris Obschernitzki betrachtet die oft vernachlässigten Schulbücher des berufsbildenden Schulwesens und weist deren Schwächen auch im Hinblick auf die verfügbare Unterrichtszeit auf. Dagegen stellt sie ein vorbildliches Arbeitsbuch für die gymnasiale Oberstufe vor und beschreibt Orientierungsmarken für eine Schulbuchrevision in der berufsbildenden Schule.